

## PAZIFIK IM ÜBERBLICK

### Bauarbeiten auf Moruroa

**Frz.-Polynesien:** Sowohl die französische Botschaft in Papeete auf Tahiti (Französisch-Polynesien) als auch das französische Militär haben zunächst Gerüchte über Reparaturen an dem durch die französischen Atomwaffentests marode und brüchig gewordenen Moruroa-Atoll zurückgewiesen. Der regierenden Partei „Tavini Huiraatira“ war zugetragen worden, dass das Militär auf dem ehemaligen Testgelände eine bunkerartige Konstruktion erbaue, um das Atoll vor dem Zerbrechen zu schützen. Frankreich hatte von 1966 bis 1996 im Korallengestein des Atollkörpers 147 unterirdische Atomtests sowie 41 atmosphärische Tests durchgeführt.

Die polynesischen Atomtestveteranenvereinigung „Moruroa e tatou“ (dt. „Moruroa und Wir“) erklärte, solche Gerüchte würden gar nicht erst entstehen, wenn man endlich unabhängigen Beobachtern den Zugang zum Atoll gewähren würde. Seit 17 Jahren ist Moruroa militärisches Sperrgebiet. Den Aktivisten von „Moruroa e tatou“ ist ebenso wie allen anderen Vertretern von Anti-Atomkraft-Organisationen der Zutritt zum Atoll verwehrt.

Auf dem ehemaligen Testgelände leben derzeit 25 Angehörige des französischen Militärs. Nach wiederholten Nachfragen von „Moruroa e tatou“ und einem enormen Wirbel in der internationalen Presse gab die Oberkommandierende der französischen Streitkräfte im Pazifik, Anne Cullerre, nach einigen Tagen bekannt, dass die Militärangehörigen auf Moruroa Wellenbrecher und Plattformen erbaut hätten. Diese sollen die übriggebliebenen Anlagen und die Arbeiter schützen, sollte es zu einem Auseinanderbrechen des Atolls und einem anschließenden Tsunami kommen. Der französische Botschafter in

Tahiti, Jean-Pierre Laflaquiere, erklärte, ein potentieller Zerfall des Atolls sei voraussagbar und geschehe nicht urplötzlich. Das ließe sowohl den Angestellten als auch den Bewohnern des benachbarten Atolls Tureia genug Zeit, sich in Sicherheit zu bringen. (*Radio NZ. Intern. 30.01.13, 03.02.12, ABC Australie 04.02.12, <http://www.moruroaetatou.com/>*)

### Kirchen unterstützen Selbstbestimmung

**Honiara:** Der Rat der Pazifischen Kirchen (Pacific Conference of Churches, PCC) wird sich bei seiner diesjährigen Vollversammlung vom 1. bis zum 10. März in Honiara auf den Salomonen für die politische Selbstbestimmung von Französisch-Polynesien aussprechen. Das erklärte der amtierende Generalsekretär der PCC, der aus Tahiti stammende protestantische Pfarrer François Pihatae, bereits im Vorfeld der Konferenz.

Die pazifischen Kirchenführer wollen sich in einer Klausur im Vorfeld der eigentlichen Mitgliederversammlung dafür aussprechen, Französisch-Polynesien - oder vielmehr „Maohi Nui“ in den Worten der PCC- wieder in die UN-Liste der zu entkolonisierenden Staaten aufzunehmen. Frankreich, Neuseeland und Australien lehnen dies strikt ab. Die pazifischen Inselstaaten Nauru, Tuvalu und die Salomonen haben dagegen ihre Unterstützung zugesichert.

Schon zu lange kämpften die Tahitianer um mehr Selbstbestimmung, monierte Pihatae. Nun sei es an der Zeit, dass die pazifische Familie aufstünde und den Polynesiern Unterstützung anbiete. Pihatae sagte wörtlich: „...it is time we, as a Pacific family, stand up with a united voice to offer our support“.

Französisch-Polynesien war nach Gründung der Vereinten Nationen 1945 in die Liste der zu entkolonisierenden Staaten aufgenommen worden, gemeinsam mit Neukaledonien. Auf Betreiben

Frankreichs waren beide Staaten 1947 aus der Liste gestrichen worden. Neukaledonien gelang jedoch 1986 die Wiedereinschreibung.

Der Weltkirchenrat „World Council of Churches“ (WCC) hat sich im August 2012 für die Wiederaufnahme von Französisch-Polynesien in die UN-Liste eingesetzt. Im April diesen Jahres wird sich eine Delegation des WCC vor Ort in Tahiti einen Überblick über die Stimmungslage verschaffen und im Gespräch mit Regierungsvertretern, den Kirchen, Mitarbeitern von Nichtregierungsorganisationen und der Zivilbevölkerung zu klären versuchen, wie eine Wiederaufnahme in die Liste vor sich gehen könnte. Mitarbeitende des Weltkirchenrates nehmen an der diesjährigen Vollversammlung der PCC in Honiara teil, um mit den pazifischen Kirchenführern über das Thema zu diskutieren.

Die Vollversammlung der PCC hat als Leitspruch in diesem Jahr einen Ausschnitt aus dem Kapitel 6, Vers 8 des Propheten Micha: „Es ist dir gesagt worden, Mensch, was gut ist und was der Herr von dir erwartet: Nichts anderes als dies: *Recht tun, Güte und Treue lieben, in Ehrfurcht den Weg gehen mit deinem Gott.*“ (<http://www.oikoumene.org/de/dokumentation/documents/oerk-zentralausschuss/kolympari-2012/report-on-public-issues/i-statement-on-re-inscription-of-french-polynesia-maohi-nui-on-un-list-of-countries-to-be-decolonized.html>, Radio Australia 25.02.13)

### Neuer Vize für Asien und Pazifik

Ende Januar ist Dr. Axel von Trotzenburg zum Vizepräsidenten der Weltbank für die Region Südostasien und Pazifik ernannt worden. Er ist seit dem 1. Februar als Berater und Manager der Weltbankprogramme in dieser Region zuständig, die mittlerweile zu 40 % zum globalen Wirtschaftswachstum beiträgt. Trotsenburg wird die Gelder der „International Bank for Reconstruction and Development“ (IBRD) verwalten. Das

Budget der IBRD liegt in diesem Jahr bei 31,8 Milliarden US-Dollar. Geplant ist für 2013 die Darlehensvergabe für die Region Asien-Pazifik in Höhe von 5,8 Milliarden US-Dollar.

Axel von Trotsenburg hat die niederländische und die österreichische Staatsbürgerschaft. Er promovierte in Wirtschaftswissenschaften und hat zudem einen Master in „International Affairs“. Trotsenburg verfügt über mehrjährige Erfahrung in der Entwicklungszusammenarbeit in latein-amerikanischen und karibischen Ländern und war zuvor Vizepräsident einer Abteilung der „International Development Association“, einem Weltbank-Fonds zur Finanzierung von Projekten in extrem armen Ländern.

(<http://www.worldbank.org/en/news/press-release/2013/01/31/axel-van-trotsenburg-appointed-new-world-bank-vice-president-for-east-asia-and-pacific-region>)

## MELANESIEN

### PAPUA-NEUGUINEA

#### Kostenlose Schulbildung

Premierminister Peter O'Neill hat sein Wahlversprechen erfüllt und die erste Rate der Schulgebühren an die Schulen im Land überwiesen. O'Neill hatte eine kostenlose Schulausbildung für die Klassen 1 bis 10 versprochen. Für die Klassenstufen 11 und 12 übernimmt die Regierung 75 % der Schulgebühren.

O'Neill wird nun an die 11.340 Schulen in PNG 238 Millionen Kina verteilen. Es handelt sich hierbei um die erste von insgesamt drei Raten der von der Regierung pro Jahr angekündigten 652 Millionen Kina (ca. 238 Millionen Euro) Unterstützung.

Bis jetzt konnten nur die Schulen mit einem eigenen Bankkonto in den Genuss der Gelder kommen. O'Neill rief die noch fehlenden 2.293 Schulen auf, schnellstens ein eigenes Schulkonto zu eröff-

nen, auf das die Gelder zur Bezahlung der Schulgebühren eingezahlt werden können.

Von der neuen Politik („Tuition Fee Free and Subsidized Education Policy“) sollen nach Regierungsangaben 1,3 Millionen Schüler profitieren. Sie mussten bisher am Anfang jeden Jahres Schulgeld pro Unterrichtsjahr bezahlen. (*Post-Courier* 30.01.13, [http://www.education.gov.pg/Home\\_Events/Home\\_Events5/index.html](http://www.education.gov.pg/Home_Events/Home_Events5/index.html))

#### Krise im Gesundheitswesen

Eine aktuelle Studie der Weltbank beklagt den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften im neuguineischen Gesundheitssektor. Es herrsche ein eklatanter Mangel an Erwerbstätigen, heißt es in dem Anfang des Jahres veröffentlichten Bericht „Papua New Guinea Health Workforce Crisis: A call to action“ vom Oktober 2011. Der Weltbankbericht kommt zu dem ernüchternden Ergebnis, dass es in den letzten 35 Jahren keine Verbesserung im Gesundheitssystem gegeben habe: Die Mütter- und Kindersterblichkeit sei viel zu hoch, desgleichen die Zahl der an so genannten „Zivilisationskrankheiten“ und an der Immunschwächekrankheit Aids/HIV erkrankten Personen.

Die Arbeitskraft im Gesundheitswesen habe zwar in den letzten elf Jahren um 21,1 % zugenommen, gleichzeitig sei sie aber im Verhältnis zur Bevölkerungszunahme viel zu niedrig, erläuterte der Gesundheitsminister Michael Malabag. 12,3 % der arbeitenden Bevölkerung sind jünger als 35 Jahre, Tendenz sinkend durch den „brain drain“ - die Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte ins Ausland.

Die meisten Arbeitnehmer in gesicherten Positionen im Gesundheitswesen seien außerdem schon älter, es fehle an Nachwuchs, erläuterte Minister Malabag die Ergebnisse der Weltbankstudie am Rande eines

Symposiums zur Implementierung des nationalen Gesundheitsplans für die Jahre 2011 bis 2020.

Als Beispiel nannte er konkrete Zahlen aus dem Gesundheitsministerium: Von den 13.063 Beschäftigten im Gesundheitssektor seien 53,7 % älter als 45 Jahre und würden in den nächsten fünf bis zehn Jahren pensioniert. (Anmerkung der Redaktion: Die durchschnittliche Lebenserwartung in PNG beträgt nur 57 Jahre.) In den acht Ausbildungsstätten für Krankenschwestern würden jährlich nur 240 Pflegerinnen ausgebildet, in 12 „Community Health Centres“ im Land erreichen 480 Auszubildenden einen Abschluss und an der Medizinischen Hochschule machten jährlich nur 30 Ärzte ihr Examen. Diese Zahlen seien zu niedrig für das mit über sechs Millionen Einwohnern bevölkerungsreichste Land im Pazifik. Aufgrund des Anstiegs der Bevölkerung und deren zunehmender Veralterung sei in Zukunft mehr Personal im Gesundheitswesen gefordert, machte der Minister deutlich.

Er bemängelte zudem die Qualität der Ausbildung im Gesundheitswesen. Es fehle zum Beispiel völlig an der Ausbildung für die medizinische Hilfe „auf dem Land“, wo die Versorgung mit Medikamenten und Material nicht sichergestellt ist. Insgesamt gibt es in PNG 2.746 Gesundheitsstationen, darunter 94 in den Städten in Form von Krankenhäusern, Praxen und Gesundheitszentren und 2.652 auf dem Land in Form von unterversorgten „Aid Posts“ und „Health Centers“.

„Mission EineWelt“, das Zentrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Bayern, beabsichtigt aufgrund der Krise im Gesundheitssektor einen durch Spenden finanzierten Fonds für die Renovierung und Unterhaltung der ländlichen Gesundheitsstationen einzurichten.

(*The National* 05.02.13, <http://documents.worldbank.org/curated/en/2012/11/17196799/papua-new-guinea-png-health-workforce-crisis-call-action>)

## Gefahr durch Banden

Der Vize-Bildungsminister Gisuwat Siniwin hat auf das große Problem von schulischen Banden in Lae aufmerksam gemacht. Eine ganze Generation junger Leute wachse in diesen meist kriminellen Vereinigungen auf. Nach unbestätigten Angaben des „Morobe Educational Board“ sind 15.000 Schüler und Schülerinnen aller Schulformen in rund zehn großen Jugendbanden in Lae organisiert. Bei vielen Bandmitgliedern handle es sich um Schulabbrecher, die des Lesens und Schreibens unkundig seien und sich mangels Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten mit Kleinkriminalität über Wasser hielten, erklärte Siniwin. Er ist wegen der Zunahme von Bandenkriminalität unter Minderjährigen im Gespräch mit Morobe-Provinzgouverneur Kelly Naru. Beide überlegen, wie das Problem angegangen werden kann.

Verstärkt wird die Bandenbildung durch die Zunahme illegaler Siedlungen am Stadtrand und den Zuzug von Jugendlichen aus dem Landesinneren, die ohne Arbeit und Zukunftsaussichten ‚auf der Straße herumlungern‘. Mit der städtischen Bevölkerungsexplosion durch Landflucht habe niemand gerechnet, so Siniwin. Nun müsste man nicht, was tun mit den vielen Jugendlichen.

Seiner Ansicht nach müssten sich Lokalpolitiker viel intensiver mit den Schulabbrechern auseinandersetzen und Bildungs- und Jobperspektiven schaffen. Siniwin schlug auch Kampagnen und Aktionen in den Schulen vor, um Jugendliche vor Bandenkriminalität zu warnen.

Überseemitarbeitende beklagen in ihren Berichten aus der Region in den letzten Monaten eine Zunahme von „Road Stopps“ und Überfällen am helllichten Tag in den Städten. Zwar kommen bei diesen Überfällen keine Menschen zu Schaden, doch werden die Insassen von PKWs und Bussen unter Gewaltandrohung aus-

geraubt und bestohlen. (*Post-Courier* 11.02.13, *persönliche Berichte aus PNG*)

## Oro-Provinz braucht Hilfe

Auch vier Monate nach den verheerenden Regenfällen und Landrutschen in der Provinz Oro im vergangenen November sind noch rund 27.000 der 176.200 Einwohner auf Nothilfe in Form von Lebensmitteln, Baumaterial und Trinkwasser angewiesen. Das erklärte die Generalsekretärin des Roten Kreuzes von PNG, Frau Esmie Sinapa. Alle Uferbereiche der Flüsse seien überflutet, die Gärten in Flussnähe zerstört. Die Nahrungsmittellieferung zur Versorgung der Bevölkerung sei dringlich.

Provinzgouverneur Gary Zuffa hat 242.639 US-Dollar als unmittelbare Katastrophenhilfe beim Roten Kreuz beantragt. Die Provinzregierung und das Rote Kreuz wollen in einer konzertierten Aktion einen Risikoverminderungsplan aufstellen („Disaster and Risk Reduction Plan), da die Oro-Provinz regelmäßig von Naturkatastrophen heimgesucht wird. Besonders häufig treten die Flüsse in der Provinz Oro über die Ufer. (*Radio Australia* 24.01.13, <http://reliefweb.int/disaster/fl-2013-000017-png>)

## Neuirland beantragt Autonomie

Die Provinzregierung der Inselprovinz Neuirland hat dem Kabinett einen Antrag auf Erteilung der Autonomie vorgelegt. Der Vorsitzende des „New Ireland Autonomy Committee“, Sir Noel Levi, erklärte, vor der vollen Unabhängigkeit der Provinz müssten finanzielle und administrative Autonomie gegeben sein.

Das Autonomie-Komitee erklärte, man werde eine eigene Bank gründen, die „Bank of New Ireland“. Diese solle alle Einnahmen aus den Minen in Lihir und Simberi verwalten. Die Fachhochschule für Fischerei wolle man in

eine Universität umwandeln, um Nachwuchsakademiker vor Ort ausbilden zu können, hieß es.

Auf der Insel Neubritannien leben derzeit rund 160.000 Menschen. Trotz der Einnahmen durch die Goldmine in Lihir lebt ein Großteil der Bewohner von der Subsistenzwirtschaft.

Nach Angaben neuguineischer Medien wird das Kabinett im Sommer über den Antrag der Provinz entscheiden.

(<http://www.emtv.com.pg/news-app/item/new-ireland-s-road-to-autonomy>, *ABC Australia* 27.02.13)

## Unterstützung für indigene Geschäftsleute

Ein neu gegründeter „Indigenous Business Council“ (IBC) soll einheimische Neuguineer bei der Existenzgründung beraten und finanziell unterstützen. Der Rat hat dazu von der Regierung eine Anschubfinanzierung in Höhe von 525 Millionen US-Dollar erhalten. Mit dem Geld sollen einheimische Neuguineer fit gemacht werden für einen Tätigkeit im formellen Sektor. 90 % aller Geschäfte in diesem Sektor gehören Ausländern, wohingegen sich die Einheimischen meist nur im informellen Sektor bewegen, etwa im Straßenverkauf oder im Markthandel. Es gäbe aber genug Möglichkeiten, sich im formellen Sektor zu engagieren, man benötige nur eine gute Geschäftsidee und etwas Kapital, erläuterte die Schriftführerin des IBC, Frau Sarah Haoda Todd. Sie selbst habe damals dreimal bei einer Bank vorsprechen müssen, bevor man ihr zum Aufbau einer Reinigung und Wäscherei einen Kleinkredit gewährt habe. Heute hat ihr Reinigungsservice 300 Angestellte.

Premier O’Neill habe sehr positiv auf die Gründung des Rates reagiert, erklärte Todd. Das Motto des nach australischem Vorbild eingerichteten Rates lautet: „Reclaiming our birthright- Together we can do it!“

(<http://pngibn.org.156.gppnetwork.com/>, *Radio Australia* 21.01.13)

## Digitale Repatriierung von Masken

Malagan-Masken aus Neuirland werden derzeit an der University of Queensland in Australien digital fotografiert und datentechnisch erfasst. Hintergrund ist der Wunsch einer Gruppe aus Neuirland, die Masken der Ahnen wieder in die Gemeinschaft einbinden zu können. Dr. Graeme Were von der Uni, der die entsprechende Ethnie in Neuirland seit zehn Jahren wissenschaftlich begleitet, sagte, die digitale Repatriierung nationaler Kultur- und Kunstgüter in die Herkunftsgruppe stecke noch in den Kinderschuhen und sei ungewöhnlich. Die Ethnie habe jedoch die reale Rückgabe der im 19. Jahrhundert gesammelten Malangane verweigert. Man spreche diesen ursprünglich für Totengedenkfeiern geschnitzten hölzernen Masken und Stelen eine hohe magische Wirkkraft zu und wolle diese magischen Kräfte nicht ungewollt freisetzen, erläuterte Were, warum sich die Gruppe nur für die 3D-Aufnahmen und nicht für die Rückgabe der jahrhundertalten Masken entschied.

Zwei Vertreter der „Nalik“ aus Neuirland hatten gemeinsam mit Were die entsprechenden Malangane im „Queensland Anthropology Museum“ identifiziert und zur Digitalisierung freigegeben. Anschließend fotografierte eine Firma die Masken und verkleinerte die Dateien so, dass sie ohne große Speicherkapazität auch auf das Handy heruntergeladen werden können. Dank des Telekommunikationsanbieters Digicel ist der Handyempfang auch in sehr entlegenen Regionen von Papua-Neuguinea möglich.

Durch das bloße Anschauen der Masken schaffe man kulturelle Identität und kläre Fragen über die Vergangenheit des Klans, so der Ethnologe Were.

(<http://www.materialworldblog.com/2012/08/the-mobile-museum-pilot-project/>, ABC 12.12.12)

## Facebook-Gruppe als Meinungsmacher

Douveri Henao, studierter Jurist und Rechtsanwalt, hat die von ihm ins Leben gerufene Facebook-Gruppe „Sharp Talk“ gelobt. Er habe die Gruppe gegründet, um mehr Transparenz im politischen Geschehen des Staates zu ermöglichen, erläuterte Henao am Rande eines Treffens von Gruppenmitgliedern im Parlament von Port Moresby. Vor dem Start seiner Facebook-Diskussionsplattform habe er ein politisches Informationsvakuum auf der Grasroot-Ebene wahrgenommen, erklärte Henao. Wichtige Entscheidungen aus Politik, Staat, Kirche und Gesellschaft seien einfach nicht an die Basis vorgebracht, nur ein ausgewählter Kreis an Menschen habe Informationen aus bestimmten Bereichen erhalten. Die Zivilbevölkerung habe keine Möglichkeit gehabt, zu Entscheidungen des Kabinetts oder wichtiger Entwicklungshilfe- und Geberorganisationen Stellung zu nehmen und eine Meinung zu äußern.

Mitglieder von „Sharp Talk“ hatten sich Ende Januar im Parlament getroffen, um die online-Diskussionen zum ersten Mal live führen zu können. Am Rande des Treffens sollte auch über eine formelle Institutionalisierung der Gruppe gesprochen werden. Derzeit (Stand: 5 März) gehören 9.969 Niuginis der Gruppe an, das entspricht einem Anteil von 10 % aller Internetnutzer in Papua-Neuguinea.

Die Nutzer von „Sharp Talk“ prangern dabei nicht nur Missstände an, sondern liefern auch Lösungsvorschläge. Viele posten Fotos und Links, um auf Ereignisse aufmerksam zu machen oder verabreden sich zu Demonstrationen. Einige Themen der letzten Wochen: der Mangel an öffentlichen Toiletten in den Städten, der ständige Stromausfall an der Universität in Port Moresby, die sexuelle Gewalt gegen Frauen, die Korruption in der Regierung, die Zunahme von Ökotourismus-Projekten in PNG.

Hier geht's zur Gruppe:

<https://www.facebook.com/sharptalk>

(Post-Courier 31.01.13, Facebook-Einträge auf der Seite von Sharp Talk)

## Neuer amerikanischer Botschafter

Im Dezember letzten Jahres hat der neue amerikanische Botschafter für Papua-Neuguinea sein Beglaubigungsschreiben an den Generalgouverneur Michael Ogio überreicht. Die feierliche Zeremonie für Botschafter Walter North fand in der amerikanischen Botschaft in Port Moresby statt. North wohnt in der Hauptstadt und ist als so genannter „nicht-residentieller“ Botschafter ebenfalls für die Vertretung amerikanischer Interessen auf den Salomonen und in Vanuatu zuständig.

North ist der 13. amerikanische Botschafter seit der Unabhängigkeit PNGs im Jahr 1975. Er ist Nachfolger von Teddy Taylor, der seit 2009 im Amt war.

Der erfahrene Diplomat Walter North war zuvor Direktor der staatlichen amerikanischen Entwicklungshilfeorganisation USAid (U.S. Agency for International Development) in Ägypten. In gleicher Position war er in den Jahren von 1996 bis 2011 in Zambia, Indien und Indonesien stationiert. Zu Beginn seiner Karriere arbeitete North als Projektmanager für das Hilfswerk CARE in Indien und Bangladesh sowie als Friedensfachkraft in Äthiopien. North ist verheiratet und gibt als Hobby Joggen an.

(<http://diplomundit.net/tag/walter-north/>, <http://cogitasia.com/the-leaderboard-walter-north/>)

## Morauta ist neuer Aufsichtsratsvorsitzender

Sir Mekere Morauta ist Mitte Januar zum Aufsichtsratsvorsitzenden des größten neuguineischen Minenbetreibers „Ok Tedi Mining Limited“ (OTML) ernannt worden. Er ist Nachfolger des australi-

schen Wirtschaftswissenschaftlers Professor Ross Garnaut, der diesen Posten zehn Jahre lang inne hatte, von der neuguineischen Regierung aber kürzlich mit einem Einreiseverbot belegt worden war.

Morauta war vom Leitungsgremium des „PNG Sustainable Development Program“ (PNGSDP) zum Aufsichtsratsvorsitzenden ernannt worden. Bereits seit Oktober letzten Jahres ist Morauta Vorsitzender des PNGSDP. Dieses hält mit 63 % die Mehrheitsanteile an OTML.

*Info:* Sir Mekere Morauta (Jahrgang 1946) war von 1999 bis 2002 Premierminister von PNG. Er ist derzeit Parlamentsabgeordnete für Port Moresby North-West im Parlament von Papua-Neuguinea, und war bis August 2006 Vorsitzender der National Capital District Kommission. (*Radio Australia* 13.01.13, <http://malumalu.blogspot.de/2013/01/sir-mekere-morauta-is-new-chairman-for.html>, *Wikipedia*)

## BOUGAINVILLE

### Haushalt verabschiedet

Ende des letzten Jahres hat die autonome Provinz Bougainville ihren Haushalt für das Jahr 2013 verabschiedet. Dabei handelt es sich mit 390 Millionen Kina (ca. 139 Mio. €) um den größten Haushalt seit der Implementierung der Autonomie 2005. Der diesjährige Haushalt liegt um 120 Millionen Kina höher als der letztjährige Haushalt. Schatzmeister Albert Punghau erklärte bei der Vorstellung des Haushalts im Detail, für welche Projekte die Gelder verwendet werden sollen. Ein großer Teil des Haushalts fließt demnach in Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen des „High Impact Project Program“.

Knapp 70 Millionen Kina fließen in die Instandsetzung wichtiger Verbindungsstraßen auf den Inseln Bougainville und Buka. Fünf Millionen Kina gehen in den Schiffstransport zwischen den In-

seln. Zehn Millionen Kina fließen in die Verbesserung der Trink- und Abwasserversorgung in Ara-wa und Buka. Mit drei Millionen Kina soll der Kommunikationssektor unterstützt werden. Mit fünf Millionen Kina soll der weitere Aufbau von Kakao-Plantagen für den Export gefördert werden und immerhin noch drei Millionen Kina fließen in das Waffen-Rückgabe-Programm (Weapons Disposal Program) der Regierung. (*Postcourier* 25.12.12, *Radio New Zealand* 30.12.12)

## SALOMONEN

### Delfinjagd wieder aufgenommen

Aus Unzufriedenheit über die Nicht-Einhaltung von Verträgen haben die Bewohner des Dorfes Fanalei auf der Insel Malaita Anfang des Jahres die Jagd auf Delfine wieder aufgenommen und innerhalb kurzer Zeit mehr als tausend Delfine, darunter 240 Kälber, getötet. Die Bewohner von Fanalei, die traditionell zu bestimmten Jahreszeiten auch früher schon Jagd auf Delfine gemacht hatten, beklagten, der mit der amerikanischen Tier- und Umweltschutzorganisation „Earth Island Institute“ (EII) vor einigen Jahren geschlossene Vertrag über ein Fangverbot für Delfine würde vom EII nicht eingehalten. Das EII hätte den Dorfbewohnern gewisse regelmäßige jährliche Entschädigungszahlungen versprochen, wenn sie auf die Delfinjagd verzichteten. Mit den Geldern sollten einkommensschaffende Maßnahmen in den Dörfern entwickelt werden, die die Leute unabhängiger von den Gewinnen aus dem Verkauf der toten Delfine machen sollten. Nach Angaben eines Dorfsprechers sind die Zahlungen durch EII nicht bzw. nur dann erfolgt, wenn man Delfine quasi als „Geiseln“ genommen hätte und angedroht hätte, diese zu töten.

Das EII hat in Gegendarstellungen mitgeteilt, sie hätten sowohl einmalige als auch regelmäßige Kompensationszahlungen an die

Gemeinde in Fanalei überwiesen.

Der salomonische Tourismusminister hat angekündigt, sich des Falles anzunehmen und eine von der Regierung finanzierte „Fact Finding Mission“ nach Fanalei zu entsenden. Der weltweite mediale Aufruhr um die Tötung der Delfine schade extrem dem Tourismus und halte vor allem Taucher ab, auf die Salomonen zu reisen.

*Info:* Das „Earth Island Institute“ wurde 1982 im kalifornischen Berkely gegründet. Die Umwelt- und Tierschutzorganisation hat es geschafft, ein Lebensmittel-Siegel für delfinfreien Tunfischfang zu etablieren. Sie kontrolliert weltweit Fangflotten auf ihre Fischfang-Methoden und führt Projekte zum Umweltschutz durch. (*Solomon Star* 29.01.13, <http://www.earthisland.org/>, *Radio Australia* 31.08.13)

## Schwere Erdbeben und Tsunami

Seit Anfang Februar haben mehrere schwere Erdbeben auf der Santa Cruz-Insel für Schäden gesorgt. Das schwerste Beben mit einer Stärke von 8,0 auf der Richterskala löste am 6. Februar einen Tsunami aus. Das Epizentrum des Bebens lag 76 Kilometer westlich von Lata auf der Insel Nendo in der Provinz Temotu. Mehrere Dörfer auf Santa Cruz wurden von der 1,50 Meter hohen Flutwelle überschwemmt, über 6.000 Menschen wurden obdachlos. Die Flutwelle ergoss sich über 500 Meter weit bis ins Landesinnere. Die Ausläufer des Tsunamis konnten auch noch in Vanuatu und Neukaledonien beobachtet werden, hier kam es jedoch nicht zu Schäden. Aus Angst vor dem Tsunami hatte die australische Regierung kurzzeitig ihr Flüchtlingscamp auf der Insel Manus evakuieren lassen.

Auf der Santa Cruz-Insel starben nach offiziellen Angaben 13 Menschen. Premierminister Gordon Darcy Lilo besuchte die Region und erklärte den Notstand für Santa Cruz. Australien, Großbri-

tannien und Neuseeland boten Katastrophenhilfe an und schickten Helfer und Material auf die Salomonen.

Mehrere Nachbeben im Verlauf des Februars erreichten die Werte 4 bis 6,3 auf der Richterskala.

(Radio Australia, 07.02.12, <http://earthquake-report.com/2012/02/14/solomon-islands-real-time-earthquake-list/>, <http://earthquake-report.com/2012/02/14/solomon-islands-real-time-earthquake-list/>)

## Dengue-Epidemie

Eine schwere Dengue-Fieber-Epidemie in der Hauptstadt Honiara hat die Gesundheitsbehörden auf den Plan gerufen. Dort wurden über 300 Erkrankungen gemeldet, eine untypisch hohe Zahl trotz der feucht-warmen Regenzeit, die die Verbreitung der Dengue-Fieber übertragenden Moskitos fördert. In Kooperation mit der Weltgesundheitsorganisation WHO haben die Behörden eine Öffentlichkeitskampagne gestartet, um die Bevölkerung über die Gefahren von Dengue-Fieber aufzuklären. Mit Hilfe von Handzetteln und Zeitungsanzeigen wurden die Menschen aufgefordert, in Haus und Hof alle stehenden Gewässer (z.B. Regenwasser in Eimern etc.) zu leeren und nur abgekochtes Wasser als Trinkwasser zu benutzen. Abfallkörbe sollten geleert, der Müll von der Straße gelesen werden. Moskitos brüten gerne in Wassernähe.

*Info:* Das Dengue-Fieber wird durch Viren verursacht und von infizierten Moskitos übertragen. Es handelt sich um eine fieberhafte Erkrankung mit starken Muskel- und Gelenkschmerzen. Bei wiederholter Infektion können Patienten am hämorrhagischen Dengue oder am Schock sterben. Jährlich erkranken zwischen 30 und 60 Millionen Menschen. (Solomon Times 28.02.13, Fit for Travel online, <http://www.radioaustralia.net.au/international/2013-03-01/campaign-to-curb-dengue-outbreak-in-solomon-islands/1095728>)

## FIDSCHI

### Touristenzahlen bleiben konstant

Im vergangenen Jahr reisten 675.000 Touristen nach Fidschi. Das entspricht in etwa den Zahlen aus dem Jahr 2011.

Diese Zahlen gab der fidschianische Premierminister Franck Bainimarama am Rande eines Treffens im französischen Toulouse bekannt. Bainimarama war nach Toulouse gereist, um sich vor Ort über die Herstellung der neuen Flugzeuge vom Typ Airbus A330-200 zu informieren, die im März auf den Markt kommen sollen. Die fidschianische Fluggesellschaft Air Pacific hat bereits einen Vertrag mit Air France-KLM über die Lieferung von drei dieser Langstreckenflugzeuge nach Fidschi unterzeichnet. Die Flugzeuge sollen noch im Laufe dieses Jahres geliefert werden.

Im Zuge einer neuen „Corporate Identity“ wird sich die fidschianische Fluggesellschaft im April des Jahres rückbenennen in den ehemaligen Namen „Fiji Airways“. In der Öffentlichkeit sei die „Air Pacific“ nie als ureigene fidschianische Fluglinie bekannt gewesen, bedauerte der Premierminister. Mit der Rückbenennung in den traditionsreichen Namen „Fiji Airways“ wolle man mehr Passagiere für die innerpazifischen Flüge gewinnen. Von ihrer Gründung 1951 bis zum Jahr 1971 hatte die Fluggesellschaft schon einmal „Fiji Airways“ geheißen.

Die Air Pacific fliegt zehn Länder und 15 Städte im Pazifik (inklusive Neuseeland und Australien) sowie Nordamerika und Hongkong an. (Flash d'Océanie 15.02.13, Wikipedia, <http://www.airpacific.com/>)

### Übergangsregierung verändert Entwurf für neue Verfassung

Die fidschianische Übergangsregierung will den von einer unabhängigen Verfassungskommission

unter Leitung des bekannten kenianischen Verfassungsrechtlers Yash Ghai ausgearbeiteten Verfassungsentwurf ändern, bevor er von einer konstitutionellen Versammlung angenommen wird. Dies kündigte die Übergangsregierung im Januar an, nachdem die Verfassungskommission ihren Entwurf vorgelegt hatte. Vorausgegangen waren monatelange Konsultationen des Gremiums mit der Bevölkerung, politischen Parteien und Nichtregierungsorganisationen, die immer wieder von Unstimmigkeiten mit der Übergangsregierung begleitet waren. Insbesondere zwischen dem Übergangspräsidenten Voreqe Bainimarama und dem Vorsitzenden der Verfassungskommission, Yash Ghai, hatte es oft verbale Auseinandersetzungen gegeben. Dabei ging es immer wieder auch um Vorwürfe der Einmischung der Übergangsregierung in die Arbeit der Kommission.

Die Regierung gab bekannt, dass der Entwurf der Verfassungskommission zwar gute Ideen und Ansätze beinhalte, letztlich aber in der aktuellen Fassung nicht hinnehmbar sei und nicht dem Willen der Bevölkerung entspreche. Vor allem, so hieß es, seien nicht ausreichend Ideen aus der *Peoples' Charter* übernommen worden, die die Übergangsregierung bereits vor einigen Jahren als Grundsatzdokument in Vorbereitung auf eine neue Verfassung hatte ausarbeiten lassen. Insbesondere möchte die Übergangsregierung verhindern, dass eine *National Assembly* die Arbeit des Parlamentes kontrollieren soll und der von der Übergangsregierung abgeschaffte *Great Council of Chiefs* wieder eingeführt wird. Außerdem strebt die Übergangsregierung ein kleineres Parlament als das von der Verfassungskommission vorgeschlagene Parlament mit 46 Sitzen an.

Aus der Übergangsregierung nahe stehenden Militärkreisen hieß es, die Verfassungskommission sei lediglich der erste Schritt bei der Ausarbeitung einer neuen Verfassung. Es sei nicht ihre Auf-

gabe, die finale Verfassung zu schreiben. Zuvor hatte der Zeitplan der Übergangsregierung stets vorgesehen, dass der Entwurf der Verfassungskommission Ende Januar der Öffentlichkeit vorgelegt wird, so dass die verfassungsgebende Versammlung, welche Ende Februar erstmals zusammentreffen sollte, mindestens einen Monat Zeit für die Vorbereitung hat. Die verfassungsgebende Versammlung soll den Entwurf öffentlich diskutieren und im März offiziell annehmen. Ihr sollen etwa 30 Personen angehören, die alle Bevölkerungsgruppen, politischen Parteien und die Zivilgesellschaft repräsentieren sollen. Bis zum Redaktionsschluss waren keine Informationen zur Zusammensetzung oder einer ersten Zusammenkunft der Mitglieder der konstitutionellen Versammlung bekannt. Bereits im Januar wurde jedoch bekannt, dass ein Kandidat für die Versammlung seine Bewerbung aufgrund der Überarbeitung des ursprünglichen Entwurfs durch die Übergangsregierung zurückgezogen hatte.

Aus Militärkreisen hieß es auch, die fidschianische Verfassung sei eine fidschianische Institution und es gebe das Gefühl, die ausländischen Mitglieder der Verfassungskommission, die ebenfalls von der Übergangsregierung ernannt worden war, hätten versucht, ihre Ideen auf Fidschi zu übertragen. Außerdem wurde den fidschianischen Mitgliedern der Kommission vorgeworfen, selbst Ambitionen auf die Übernahme der Regierungsgeschäfte zu haben. Dies wies Penelope Moore, Mitglied der Kommission, scharf zurück. Sie bedauere, dass dieser falsche Eindruck entstanden sei. Gleichzeitig zeigte sie sich erfreut darüber, dass die Übergangsregierung sich nach zunächst anderslautenden Bekundungen bereit erklärt hat, den Mitgliedern der verfassungsgebenden Versammlung neben dem überarbeiteten Entwurf auch das Original der Verfassungskommission zukommen zu lassen.

Aufgrund der Entwicklungen hat die Vertretung der Europäischen Union im Pazifik bekanntgegeben, vorerst keine weiteren Gelder für die Vorbereitung von demokratischen Wahlen für Fidschi mehr zur Verfügung stellen zu wollen. Zwar habe man nicht unbedingt das Vertrauen in den Verfassungs- und Demokratieprozess in dem Land verloren, es herrsche derzeit jedoch eine große Verunsicherung und Verwirrung über die aktuellen Geschehnisse. Auch Vertreter der australischen Regierung haben Fidschi nach vermehrten Annäherungsversuchen zur fidschianischen Übergangsregierung, die es vor Weihnachten gegeben hatte, gewarnt, den Verfassungsprozess nicht abzubrechen. Vor allem, so sagte der australische Außenminister Bob Carr, müsse klar sein, dass die Rolle des Militärs nicht in der Politik sei. Papua-Neuguinea sicherte Fidschi hingegen auch weiterhin volle Unterstützung zu.

*Info:* Über den bisherigen Verlauf des Verfassungsprozesses in Fidschi, die Ernennung, Zusammensetzung und Arbeit der Verfassungskommission sowie über im Laufe der Konsultationen diskutierte Themen und Unstimmigkeiten mit der fidschianischen Übergangsregierung ist in den letzten Ausgaben der *Pazifik Aktuell* bereits ausführlich berichtet worden. Aufgrund der schnellen Entwicklungen und der Tatsache, dass der Redaktionsschluss dieser Ausgabe der *Pazifik Aktuell* in einen Zeitraum fällt, in der weitere Entwicklungen wie die Zusammenkunft der verfassungsgebenden Versammlung und die Veröffentlichung des finalen Verfassungsentwurfes zu erwarten sind, ist zu vermuten, dass Teile des oben stehenden Artikels bei Veröffentlichung bereits nicht mehr aktuell sind. (Artikel von *Pazifik-Netzwerkmittglied Oliver Hasenkamp, Berlin*. Quellen: *Islands Business* 110.1.13, 15.01.13, 16.01.2013, 1.02.13, 4.02.13, *Fiji Times* 15.01.13, 16.01.13, *Radio Australia* 1.02.13, *Fiji Sun* 4.02.13, *Fiji Live* 23.01.13)

## Neue Regelungen für politische Parteien und Parteienregistrierung

Mitte Februar sind in Fidschi neue Regelungen für politische Parteien in Kraft getreten. Diese fordern eine Registrierung aller politischen Parteien. Für eine Registrierung sind nach den neuen Regelungen mindestens 5.000 Unterschriften von Unterstützern der Partei notwendig, sowie die Zahlung einer Registrierungsgebühr von 5005 Fidschi-\$. Die neuen Regelungen wurden sowohl von Vertretern existierender Parteien, als auch von Beobachtern scharf kritisiert. Aus Sicht der Kritiker stellen die Anforderungen eine große Hürde für die Gründung neuer Parteien dar. Die etablierten Parteien kritisierten vor allem die kurzfristige Bekanntgabe der Regelungen, aufgrund derer diese Parteien lediglich 28 Tage Zeit hatten, sich zu registrieren. Eine Verlängerung der Frist wurde durch die Übergangsregierung abgelehnt. Neuen Parteien soll es jedoch auch weiterhin möglich sein, sich zu registrieren. Mit Inkrafttreten der Regelungen ist es nicht registrierten Parteien verboten, weiterhin offiziell als politische Parteien aufzutreten und deren Funktionen auszuüben. Nach den neuen Regelungen werden Parteien, die sich nicht registrieren, aufgelöst. Ihre finanziellen Mittel sollen in diesem Fall dem Staat überschrieben werden. Die Anträge auf Registrierung werden durch eine zuständige Behörde geprüft und können auch abgelehnt werden. Außerdem sollen Parteien zukünftig unabhängigen Rechnungsprüfern finanzielle Rechenschaft ablegen müssen.

Bis zum Ablauf der Deadline für die Registrierung bereits existierender Parteien haben sich lediglich zwei Parteien offiziell registriert. Dazu gehören die älteste fidschianische Partei, die *National Federation Party* (NFP), sowie die *Fiji Labour Party* (FLP). Wie der NFP-Vorsitzende Raman Pratap Singh bekannt gab, habe die NFP etwa 8.000 Unterschriften sammeln können und würde ihre poli-

tischen Aktivitäten nun einstellen, bis sie einen positiven Bescheid der Registrierungsbehörde erhalten habe. Die FLP reichte ihren Antrag erst am letzten Tag der Frist ein. Der Parteivorsitzende Mahendra Chaudhry zeigte sich zufrieden mit der Unterstützung der Bevölkerung für die FLP, machte zugleich aber deutlich, dass die FLP die neuen Regularien für Parteien weiterhin sehr kritisch sehe. Es bestehe die Gefahr, dass die neuen Regularien Fidschi langfristig zu einem Einpartei-Staat machen könnten und eine starke Opposition, welche wichtig für die Demokratie sei, zerstören könnten.

Da die neuen Regularien auch vorsehen, dass alle Parteien englische Namen annehmen müssen, hat sich die frühere Regierungspartei *Sogosoqo Duavata ni Lewenivanua* (SDL) entschieden, sich umzubenennen. Zur Beibehaltung des Parteienkürzels habe man sich für den neuen Namen *Social Democratic Liberal Party* entschieden. Auch wenn die Partei nach Ablauf der Registrierungsfrist rechtlich nicht mehr existiere, bestehe sie inoffiziell fort und werde sich sobald wie möglich unter dem neuen Namen als neue Partei registrieren lassen, hieß es.

Die *United People's Party* (UPP) hat bereits einige Wochen vor Ende der Registrierungsphase ihre Auflösung bekanntgegeben. Gleichzeitig forderte sie ihre Mitglieder auf, sich anderen Parteien anzuschließen. Der frühere UPP-Vorsitzende Mick Beddoes kündigte bereits an, der neu zu gründenden *Social Democratic Liberal Party* (SDL) beitreten zu wollen. Der frühere Premierminister und Putschführer von 1987, Sitiveni Rabuka, dementierte hingegen Gerüchte, auch er wolle der neuen Partei beitreten. Vielmehr wolle er die *National Federation Party* (NFP) unterstützen. Auch die *Green Party* hat sich selbst aufgelöst.

Die fidschianische Armee hat währenddessen bekanntgegeben, dass sie als Institution nicht offiziell eine bestimmte Partei unterstützen werde, auch wenn ihr

Vorsitzender und Übergangspräsident Voreqe Bainimarama sich entscheiden sollte, eine eigene politische Partei zu gründen und an den für 2014 geplanten Wahlen teilzunehmen. (Artikel von Pazifik-Netzwerkmitglied Oliver Hasenkamp. Quellen: *Islands Business* 17.01., 29.01., 01.02., 12.02., 14.02., 15.02., 18.02.13, *Fiji Live* 01.02., 14.02., 15.02., 23.01.13, *Fiji Sun* 18.02.13, *Fiji Times* 17.01., 29.01., 12.02.13, *Radio Australia* 17.01.13)

## Vater und Sohn des Totschlags angeklagt

In Fidschi sorgt derzeit ein Fall für Aufsehen, bei welchem ein zehnjähriger Junge wegen Totschlags angeklagt werden soll. Ihm wird vorgeworfen, im Januar einen sechsjährigen Jungen in Lautoka mit einem Jagdgewehr erschossen zu haben und dessen 14-jährigen Cousin lebensgefährlich verletzt zu haben. Die Jungen seien von dem Gewehrbeschuss völlig überrascht worden. Sie waren erst kurz zuvor aus Auckland nach Lautoka gezogen. Der zuständige Staatsanwalt, Christopher Pryde, sagte, man habe sich die Entscheidung zur Anklage nicht leicht gemacht. Die Beweise gegen den Zehnjährigen seien aber sehr eindeutig. Auch gegen den Vater des Jungen, einen 37-jährigen Piloten, welcher Besitzer der Tatwaffe ist, wurde Anklage erhoben. Da gegen ihn wegen weiterer Vergehen mit Schusswaffen ermittelt wird, befindet er sich in Untersuchungshaft. Der mutmaßliche Täter muss am 25. Februar vor dem Gericht in Lautoka erscheinen. (Artikel von Pazifik-Netzwerkmitglied Oliver Hasenkamp, Berlin. Quelle: *Islands Business* 14.02.13)

## Besorgnis über Zunahme des ‚Shark Finning‘

Immer mehr fidschianische Fischer betreiben sogenanntes ‚Shark Finning‘. Dies geht aus den Beobachtungen von Tauchern hervor, welche derzeit die jährliche Zählung von Haien in Fidschi vornehmen. Beim ‚shark finning‘ werden Haie gefangen,

um ihnen die Flossen abzuschneiden, die beispielsweise in Haifischflossensuppe Verwendung finden. Der restliche Teil des Körpers findet hingegen kaum Verwendung. Die zunehmende Verbreitung des ‚Shark Finning‘ in Fidschi bereitet den Meeresbiologen, welche die jährliche Haizählung leiten, Sorgen. Sie befürchten einen deutlichen Rückgang der Haibestände in den fidschianischen Gewässern, was einen verheerenden Einfluss auf das gesamte Ökosystem haben könnte. Die Leiterin der Zählung, Nanise Ledua, sagte, viele Fischer seien sich der Problematik, welche ein Rückgang der Haibestände haben könnte, nicht bewusst. Der überwiegende Teil der Haiflossen werde ins Ausland verkauft. Zuletzt hatten mehrere andere pazifische Inselstaaten internationale Aufmerksamkeit erregt, indem sie ihre gesamten Gewässer zu Haischutzzonen erklärt hatten. (Artikel von Pazifik-Netzwerkmitglied Oliver Hasenkamp. Quellen: *Islands Business* 15.02.13, *Radio Australia* 15.02.13)

## VANUATU

### Bauern erhalten Unterstützung

Die rund 10.000 Bauern in Vanuatu erhalten finanzielle Unterstützung im Kampf gegen die Auswirkungen des Klimawandels auf die Ernte. Die Europäische Union und die Weltbank unterstützen Vanuatu mit ihrem „Global Environment Facility“-Programm mit Geldern in Höhe von 5,5 Millionen US-Dollar.

Der Beauftragte der Europäischen Union für Vanuatu, Robert de Raeve, erklärte, man wolle vor allem die Kakao- und Kaffeebauern unabhängiger von den Folgen des Klimawandels machen. So könne man mit den Geldern in Projekte zur Wasserversorgung, in die Befestigung von Transportwegen und in die erneuerbaren Energien investieren. (*Radio NZ Intern.* 10.12.12, (<http://www.pacificclimatechange.net/index.php/new/6145-vanuatu-farmers-to-receive-climate-change-support>))

## Spatenstich des Kongresszentrums

Mitte Januar haben Vertreter der vanuatischen Regierung unter Premierminister Sato Kilman und Vertreter der Volksrepublik China feierlich den ersten Spatenstich für das neue „Vanuatu National Convention Center“ gemacht. Die feierliche Zeremonie im Park neben dem Parlamentsgebäude wurde von traditionellen Tanzgruppen aus Ambrym gestaltet. Sie führten die Vertreter von Staat und Gesellschaft auch zum Grundstein des Gebäudes, auf dem das Datum und der Name des Gebäudes vermerkt sind. Der Klanälteste des Volkes der Ifira, dem das Land traditionell gehört, gab in einer Zeremonie das Land zur Bebauung des staatseigenen Kongresszentrums frei.

Die Volksrepublik China finanziert das Messe- und Kongresszentrum mit 16,4 Millionen US-Dollar. Direkt neben dem Parlament in Port Vila soll eine Versammlungshalle für 1.000 Gäste gebaut werden, daneben ein Konferenzraum für 200 Teilnehmende, ein Speisesaal für 600 Menschen sowie diverse kleinere Konferenzräume. Büros, eine Großküche und ein Pressezentrum sollen das Kongresszentrum zu einem der modernsten und größten im Pazifik machen.

Premier Kilman erklärte, ein solches Veranstaltungszentrum sei der Garant für Wirtschaftswachstum, denn das Zentrum werde internationales Messepublikum anlocken. Geplant ist die Fertigstellung bis Ende 2014. Kilman warb schon jetzt darum, ab 2015 internationale Kongresse in Vanuatu stattfinden zu lassen. Er dankte vor allem der Volksrepublik China für die große Unterstützung des ambitionierten Bauvorhabens.

Kritiker bemängeln die Überdimensionalität des Projekts und verweisen auf das voll funktionsfähige Veranstaltungszentrum im „Le Lagon Resort“ in Port Vila. Dort habe bereits erfolgreich das achte Gipfeltreffen der EU mit

den AKP-Staaten stattgefunden und eine noch größere Veranstaltung werde es in naher Zukunft wohl in Port Vila nicht geben, erklärte der Abgeordnete Ralph Regenvanu. Mit dem Geld könne man sinnvollere Sachen machen, so das Parlamentsmitglied zynisch, etwa in das marode Gesundheits- und Bildungssystem investieren. (*Vanuatu Daily Post* 16.01., 17.01.13)

## Verdienstorden für Ministerin

Die Ministerin für Frauen, Doroday Kenneth, hat im November 2012 vom französischen Botschafter in Port Vila, Michel Djokovic, den französischen Verdienstorden „Chevalier de l'Ordre National du Mérite“ für ihre Verdienste um die Situation von Frauen und Mädchen in Vanuatu erhalten. Frau Kenneth leitet seit Juli 2009 das Frauenministerium („Department of Womens' Affairs“), eine Unterabteilung des Justizministeriums. Davor war sie im Fischereiministerium beschäftigt. Von 2000 bis 2009 arbeitete sie im Landwirtschaftsministerium.

Kenneth erhielt den Orden im Rahmen einer kleinen Feier in der französischen Botschaft in Port Vila. Botschafter Djokovic betonte vor allem Kenneths Einsatz für Geschlechtergerechtigkeit und ihren Kampf gegen die häusliche (sexuelle) Gewalt gegen Frauen und Kinder.

*Info:* Der Orden „Ordre national du mérite“ wurde am 3. Dezember 1963 durch den frz. Staatspräsidenten Charles de Gaulle gestiftet und wird für besondere Verdienste im öffentlichen, zivilen, militärischen oder im privaten Bereich verliehen. Die Auszeichnung kann an jeden französischen Staatsangehörigen, in Ausnahmefällen auch an Ausländer vergeben werden. Der jeweilige französische Staatspräsident ist Großmeister des Ordens und ernennt neue Mitglieder. Er wird zudem nach sechs Monaten

Amtszeit selbst mit dem Großkreuz ausgezeichnet. (*Flash d'Océanie* 28.11.12, Wikipedia)

## KANAKY (NEUKALEDONIEN))

### Beruf: Cannabispflanzer

20 % der knapp 250.000 Einwohner Neukaledoniens sind zwischen 18 und 25 Jahre alt. Laut einer niedrig angesetzten Schätzung, erschienen in der Tageszeitung „Les Nouvelles Calédoniennes“ im Februar 2013, sollen 50% dieser 50.000 Personen wenigstens vier Joints pro Woche rauchen. Ein Joint enthält ungefähr ein Gramm Cannabis. Der wöchentliche Bedarf würde sich in Neukaledonien folglich auf 100 g belaufen, oder 5,2 Tonnen pro Jahr. Die Nachfrage besteht, das Angebot richtet sich danach und steigt zudem an.

Der Stoff für die Joints wird vor allem auf den Loyauté-Inseln und an der Ostküste der Hauptinsel „Grande Terre“ angepflanzt. Vorsichtige Schätzungen gehen davon aus, dass die neukaledonischen Cannabispflanzer knapp zehn Tonnen pro Jahr produzieren. Eine Studie beschäftigte sich im Jahr 2006 mit den Gründen für diese illegale Tätigkeit. 81 % der befragten Cannabispflanzer, die ein monatliches Einkommen von mehr als 335 € hatten, gaben an, Cannabis zu produzieren, weil es „einfach“ sei. 47 % der Pflanzler nutzten die Einnahmen aus dem Cannabisverkauf zum Lebensunterhalt und zur Ernährung der eigenen Familie. 16 % der befragten Pflanzler erklärten, sie würden mit den Einkünften Konsumgüter wie Fernseher, Musikgeräte, Handys, etc. kaufen. 37 % sagten, sie würden mit dem Geld sowohl Konsumgüter erwerben als auch den Lebensunterhalt bestreiten. Der Wunsch, ein Auto zu kaufen, scheint bei vielen Cannabispflanzer vorhanden zu sein: 66 % gaben dies an.

Der Cannabisanbau stellt eine bedeutende Einnahmequelle ins-

besondere für die Einwohner kleinerer und abgelegener Kanak-Dörfer mit nur geringen Beschäftigungsmöglichkeiten dar. So setzen viele Familien in den Dörfern der Gemeinde Houaïlou, an der Ostküste der Nordprovinz gelegen, auf die Cannabisproduktion. Die Polizei versucht den Anbau einzudämmen und hat 2012 insgesamt 29.977 Pflanzen ausgerissen. Doch die Einwohner der Dörfer halten zusammen, die Klanältesten verschließen oftmals die Augen. Die Polizei kommt nicht in alle Dörfer, da nach dem Bürgerkrieg in den 1980er Jahren und den Gewaltexzessen der französischen Armee noch immer gegenseitiges Misstrauen zwischen weißer Gendarmerie und den kanakischen Unabhängigkeitsbefürwortern herrscht. (Artikel von Pazifik-Netzwerkmitglied Matthias Kowasch, Nouméa. Quelle: Les Nouvelles Calédoniennes, 19.02.13)

### FLNKS eröffnet Büro in Port Vila

Die „Front de libération nationale kanake et socialiste“ (FLNKS, Kanakische sozialistische Front der nationalen Befreiung) hat Anfang Februar im Verwaltungsgebäude der „Melanesian Spearhead Group“ (MSG) in der vanuatischen Hauptstadt Port Vila ein eigenes Sekretariat eröffnet. Im Beisein zahlreicher FLNKS-Vertreter aus Neukaledonien und Vanuatu nahmen der FLNKS-Sprecher für die MSG, Victor Tutugoro, und der Vorsitzende der MSG, Peter Forau, das Büro im Rahmen der Feierlichkeiten anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der MSG in Betrieb. Als Ehrengast konnte Roch Wamytan, der Vizepräsident des neukaledonischen Kongresses, begrüßt werden. Mit dem neuen Büro sei ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Emanzipierung der Kanaken geschafft, erklärte Wamytan. Historisch und kulturell gesehen gehörten die Kanaken zu Melanesien, das mache das neue Büro innerhalb des MSG-Sekretariats nun auch nach außen hin deutlich. Das Büro wird von den Mit-

gliedsstaaten der MSG finanziert, ein Großteil der Gelder kommt aus Papua-Neuguinea. PNG hat zusätzlich ein Stipendienprogramm für kanakische Studenten, die in Neuguinea studieren wollen, aufgelegt. (Vanuata Daily Post 06.02.13, Flash d'Océanie 01.02.13)

## MIKRONESIEN

### Neuer Präsident

**Palau:** Am 17. Januar ist Präsident Tommy Esang Remengesau Jr. in sein Amt eingeschworen worden. Er hatte sich bei den Wahlen am 6. November 2012 mit 58% aller Stimmen gegen seinen Herausforderer, den bis dato amtierenden Präsidenten Johnson Toribiong, durchsetzen können. Auf Toribiong waren 42% aller Stimmen entfallen. Vizepräsident bleibt Kerai Mariur. Von den 15.397 Wahlberechtigten hatten 10.603 Menschen ihre Stimme abgegeben.

Remengesau war bereits von 2001 bis zum 1. Januar 2009 Präsident von Palau. Er wurde am 28. Februar 1956 in Koror geboren. Nach einem Studium in den USA wurde er 1984 als damals jüngster Senator im Alter von 28 Jahren in den palauischen Nationalkongress gewählt. 1992 wurde Remengesau zum Vize-Präsidenten der Republik gewählt, ebenfalls als jüngster Vize.

*Info:* In der Republik Palau ist der Regierungschef gleichzeitig das Staatsoberhaupt. (Palau Island Times 15.11.12, CIA World Factbook, <http://web.archive.org/web/20071124161724/http://www.palau.gov.net/president/president.html>)

### Sprachunterricht wird verpflichtend

**Palau:** Ein Ende des letzten Jahres erlassenes Gesetz zwingt alle in Palau ansässigen öffentlichen und privaten Schulen, ab dem

Schuljahr 2013 das Palauische in gesprochener und geschriebener Sprache zu unterrichten. Dazu hat die „Palau Language Commission“ in Kooperation mit dem Bildungsministerium einen Lehrplan erarbeitet, in dem vor allem die Orthographie der palauischen Sprache im Detail festgelegt ist. Das Unterrichtsfach „Palauisch“ soll neben den Hauptfächern von der ersten bis zur letzten Jahrgangsstufe unterrichtet werden. Ziel des neuen Gesetzes ist nach Angaben eines Sprechers des Bildungsministeriums die Vermittlung der typisch palauischen Identität, das Kennenlernen der kulturellen Besonderheiten des mikronesischen Inselstaates sowie die Herstellung einer gemeinsamen Identität. Die palauische Sprache müsse auf jeden Fall bewahrt werden und mit ihr die kulturellen Charakteristika des seit 1994 unabhängigen Staates am westlichsten Rand des Pazifischen Ozeans, hieß es weiter.

*Info:* Das Palauische gehört innerhalb der austronesischen Sprachen zur West-Malayo-Polynesischen Gruppe. Es ist neben Chamorro die einzige Sprache dieser Gruppe, die in Mikronesien gesprochen wird. Palauisch ist neben Englisch die Amtssprache der Republik Palau und wird auch in Teilen Guams gesprochen, wo es allerdings nicht zu den offiziell anerkannten Sprachen zählt. Derzeit gibt es noch rund 15.000 Sprecher. (Palau Island Times 10.12.12, Wikipedia)

### Gouverneur zurückgetreten

**Ndl. Marianen:** Der 68-jährige Gouverneur Benigno Repeki Fitial ist am 20. Februar freiwillig aus seinem Amt geschieden. Als Grund für seinen Rücktritt gab der Politiker die Verschlechterung seines Gesundheitszustandes an. Bereits Tage zuvor, am 11. Februar, hatte das Abgeordnetenhaus der Nördlichen Marianen Anklage wegen Amtsvergehen gegen Fitial erhoben: 16 Parlamentarier hatten dafür, vier dagegen gestimmt. Fitial wird Korrup-

tion und Amtsmissbrauch in 18 Fällen vorgeworfen. Mit seinem Rücktritt kam er dem für den 7. März festgesetzten Gerichtsverfahren zuvor. An diesem Tag sollte über die offizielle Amtsenthebung des Gouverneurs entschieden werden.

Der am 27. November auf den Karolinen geborene Fitial war im November 2005 zum Gouverneur der Marianen gewählt worden und hatte sein Amt im Januar 2006 angetreten. 2009 wurde er für eine zweite Amtszeit bestätigt. Der ehemalige Republikaner war 2001 aus der Partei ausgetreten und hatte eine eigene Partei gegründet, die „Covenant Party“, mit der er 2003 ins Abgeordnetenhaus der Marianen einzog. 2011 war Fitial zu den Republikanern zurückgekehrt.

Mit seinem Rücktritt hat Fitial Geschichte auf den Marianen geschrieben: Erstmals lief dort ein Amtsenthebungsverfahren gegen einen Gouverneur und erstmals trat ein so hochrangiger Politiker quasi freiwillig zurück.

Zum neuen, achten Gouverneur wurde der ehemalige Finanzminister Eloy S. Inos von der Insel Rota gewählt. Zu seinem Stellvertreter wurde der 42-jährige Jude U. Hofschneider aus Tinian ernannt.

*Info:* Das „Commonwealth of the Northern Mariana Islands“ ist ein Teilgebiet der Inselgruppe der Marianen im westlichen Pazifik nördlich von Guam und südlich von Japan. Seit 1978 sind die Nördlichen Marianen ein nichtinkorporiertes Außengebiet der Vereinigten Staaten von Amerika. (*Marianas Variety* 12.02., 21.01.13, *Flash d'Océanie* 20.02.13, *Saipan Tribune* 21.02.13, *Wikipedia*)

## Soldaten nach Afghanistan

**Guam:** Trotz der Ankündigung des amerikanischen Präsidenten Barack Obama, in diesem Jahr rund 34.000 amerikanische Soldaten aus Afghanistan abzuziehen, sind am 22. Februar in Hagatña, der Hauptstadt von Gu-

am, 600 Soldaten in ihren Afghanistan-Einsatz verabschiedet worden. Es handelt sich um Mitglieder des 294ten Infanterie-Regimentes der „Army National Guard“ aus Guam und von den Nördlichen Marianen. Sie stoßen zu den derzeit 60.000 Soldaten, die in Afghanistan im Dienst sind.

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums von Guam beträgt die aktive und passive Truppenstärke der „Guam National Guard“ 38.447 Personen, Tendenz sinkend. Der Leitspruch der Armee lautet: „*Always ready - always there*“.

*Info:* Guam ist ein nichtinkorporiertes Territorium der USA und ein strategisch wichtiger Stützpunkt der amerikanischen Armee im nordwestlichen Pazifik. Die Stützpunkte der Marine, der Luftwaffe, des Küstenschutzes und des Militär-Hauptquartiers nehmen 29% der gesamten Landfläche von Guam ein.

(<http://gu.ng.mil/Pages/Default.aspx>, *Marianas Variety Guam* 22.02.13)

## Hungerstreik im Flüchtlingscamp

**Nauru:** 15 Inhaftierte im Auffanglager der australischen Regierung sind Mitte Februar in einen Hungerstreik getreten. Neun Häftlinge nähten sich aus Protest gegen die menschenunwürdigen Bedingungen im Camp die Lippen zu. Geschätzte 150 Häftlinge beteiligten sich an dem täglich für 17 Uhr angesetzten Protest auf dem freien Platz zwischen den provisorischen Zelt-Unterkünften.

Ein Sprecher der in Sydney ansässigen Organisation „Refugee Action Coalition“, die die Häftlinge im Lager betreut, erklärte, die Menschen aus dem Iran und Afghanistan litten vor allem an der Ungewissheit über ihr weiteres politisches Schicksal, zudem Meldungen von der erfolgreichen Einwanderung anderer Flüchtlinge nach Australien im Lager die Runde machten.

Das australische Einwanderungsministerium verweigerte das Gespräch mit „Refugee Action Coalition“.

*Info:* Im Rahmen der so genannten „Pacific Solution“ hatte die australische Regierung 2001 auf Nauru ein Flüchtlingscamp eröffnet. Bis 2008 waren dort Menschen untergebracht, die bei dem Versuch einer (illegalen) Einreise nach Australien auf dem Seeweg aufgegriffen worden waren und die in dem Camp auf Verhandlungen über ihren politischen Status warteten. Das im Februar 2008 geschlossene Camp war im Herbst vergangenen Jahres auf Betreiben der australischen Regierung wiedereröffnet worden. In dem Auffanglager auf Nauru („Nauru Detention Centre“) warten hauptsächlich Asylsuchende aus dem Iran und von der Insel Sri Lanka auf ihre Verhandlungen um ein Bleiberecht in Australien.

(*Radio Australia* 20.02.13, <http://www.refugeeaction.org.au/>)

## MARSHALL-INSELN

### Gesundheitlicher Notstand ausgerufen

Am 29. Oktober hat Präsident Christopher J. Loeak den nationalen Notstand im Bereich der Gesundheit („State of Health Emergency“) ausgerufen. Grund für die ungewöhnliche Maßnahme ist der drastische Anstieg so genannter nicht-übertragbarer Krankheiten (Non-Communicable Diseases, NCD) wie Diabetes, Übergewicht und Herz-/Kreislaufkrankungen.

Loeak wandte sich über die Medien an die Öffentlichkeit und warnte vor dem ungesunden Lebensstil der Marshalliesen: kaum Bewegung, kein Sport, Tiefkühl-Fertigprodukte, zuckerhaltige Limonaden etc. Die jetzige Generation habe kaum noch gelernt, sich ein gesundes Essen aus einheimischen Nahrungsmitteln zuzubereiten. Früher hätten die Menschen auf den Atollen Selbstversorgung betrieben. Sie hätten in ihren Gärten körperlich hart gear-

beitet und seien den ganzen Tag damit beschäftigt gewesen, gesunde Nahrungsmittel herzustellen. Heutzutage käme beispielsweise der Fisch nur noch in Form von Tunfischkonserven auf den Mittagstisch.

In eindrücklichen und bewegenden Worten rief der Präsident in Englisch und in Marshallese die Bewohner sowie Kirche, Politik und Staat dazu auf, in einer konzertierten Aktion sich wieder mehr auf die traditionelle Lebensweise der Marshallens zu konzentrieren, um die Verbreitung so genannter „Zivilisationskrankheiten“ einzudämmen. Jetzt stünde die Gesundheit der Kinder auf dem Spiel. Loeak bezeichnete den von ihm angestrebten Lebenswandel und die Umstellung der Ernährung als „schwierig, aber machbar“. Er sagte wörtlich: „If we cannot come together as one people and as one nation to fight and arrest this NCD crisis, then our very survival is at stake“.

(Pressemitteilung aus dem Büro des Präsidenten 07.12.12, [http://www.rmi-op.net/#!\\_\\_briefing-room](http://www.rmi-op.net/#!__briefing-room))

## Trinkwasserversorgung auf Außeninseln

15 abgelegene Atolle der Marshallinseln - so genannte „Outer Atoll Communities“ - sollen künftig in den Trockenzeiten über ausreichend Trinkwasser verfügen können. Dazu werden 3,15 Millionen US-Dollar aus dem „Pacific Environment Community Fund“ (PEC) freigegeben. An den Grundschulen der jeweiligen Atolle sollen Entsalzungsanlagen installiert werden, die täglich 567 bis 1.135 Liter Trinkwasser herstellen können. Das Trinkwasser soll in den, durch den globalen Klimawandel bedingten, immer längeren Dürreperioden vor allem den Grundschulern zugute kommen, erklärte ein Sprecher des Ministeriums für Ressourcen und ländliche Entwicklung, das für die Implementierung des Projektes mit dem sperrigen Namen „Portable Water Solutions for Outer Islands by Photovoltaic Reverse

Osmosis System“ zuständig ist. Die Entsalzungsanlagen sollen im Idealfall pro Einwohner täglich maximal 3,7 Liter Trinkwasser herstellen. Je nach Größe müssen die Anlagen für bis zu 600 Atollbewohner ausreichen.

*Info:* Die PEC-Gelder wurden dem Sekretariat des „Pacific Islands Forum“ zur Verwaltung und Verteilung von der Regierung von Japan übergeben. Japan hat dem Umweltfonds 66 Millionen US-Dollar zur Verfügung gestellt, aus dem ausnahmslos Projekte zur Bekämpfung der Folgen des Klimawandels finanziert werden sollen. Dabei geht es vor allem um die Gewinnung von Trinkwasser durch Entsalzungsanlagen, den Bau von Deichen sowie den Ausbau der erneuerbaren Energien mit einem Schwerpunkt auf der Solarenergie. (*Pacific Islands Forum Secretariat Pressemitteilung 26.10.12, <http://sidsenergy.wordpress.com/2012/11/04/pec-supports-water-access-projects-in-palau-marshall-islands/>*)

## Traditionelle Strafe für Einbrecher

Ein 25-jähriger Mann aus Majuro ist aufgrund einer Vielzahl von Hauseinbrüchen auf das Atoll Ailinglaplap verbannt worden. Das erklärte Majuros Bürgermeister Mudge Samuel. Fred Bilene muss fünf Jahre im Haus des Polizeichefs von Ailinglaplap verbringen, bevor er nach Majuro zurückkehren darf. Die Strafe in Form einer „Verbannung“ habe es bereits früher gegeben, erklärte Bürgermeister Samuel. Man habe diese alte Tradition wieder aufleben lassen, weil in vielen Fällen die konventionelle Haftstrafe keine Wirkung zeitige und die Verbannung eines Delinquenten aus seiner Heimat und die Trennung von der Familie eine viel wirkungsvollere Strafe sei. (*Radio NZ Intern. 04.01.13, <http://www.marshallislandsjournal.com/Archive%201-4-13-page.html>*)

## Wochenzeitung startet Umfrage

Die marshallische Wochenzeitung „The Marshall Islands Journal“ hat in ihrer Ausgabe vom 18. Januar 2013 ihre Leserinnen und Leser aufgefordert, über eine Verfassungsänderung abzustimmen. Die Leser des Journals sollten ihre Zustimmung oder Ablehnung auf einem Abschnitt ankreuzen, diesen ausschneiden und gemeinsam mit einem Ausweisdokument in der Redaktion abgeben.

Die Verfassung der Marshallinseln datiert aus dem Jahr 1979 und beinhaltet keinen Artikel über die politische Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Der vorgeschlagene Ergänzungsartikel will nun in der Verfassung verankern, dass zukünftig fünf der 33 Sitze des Einkammerparlamentes *Nitijela* ausschließlich für Frauen reserviert bleiben. Dazu soll jeweils die Frau mit den meisten Stimmen innerhalb der fünf Wahlbezirke Majuro, Kwajalein, Ailinglaplap, Arno und Jaluit einen Parlamentssitz erhalten. Auf die 28 anderen Sitze sollen sich ausdrücklich Männer und Frauen bewerben können, hierfür soll es aber keine eigene „Frauenquote“ geben, sondern der Kandidat/die Kandidatin mit den meisten Stimmen soll für seinen/ihren Wahlbezirk ins Parlament einziehen. (*Marshall Islands Journal 18.01.13, [http://www.lowtax.net/lowtax/html/marshall\\_islands/jmrnews.html](http://www.lowtax.net/lowtax/html/marshall_islands/jmrnews.html)*)

## Klimawandel als Unterrichtsfach

Die naturwissenschaftliche Abteilung der „Marshall Islands High School“ (MIHS) hat ihre Lehrpläne für die höheren Klassen aktualisiert und ein neues Fach „Climate Change Studies“ in ihren Heimat- und Sachkundeunterricht integriert. Sowohl das „South Pacific Regional Environment Program“ (SPREP) als auch die marshallische Umweltschutzbehörde „Environment Protection Authority“ haben den Schulen dafür

ein „white board“, Beamer und Materialien für physikalische und chemische Experimente zur Verfügung gestellt.

Die Lehrpläne in den Naturwissenschaften wurden nach den neuesten Erkenntnissen aus der Klimawandelforschung mit Unterstützung des Programms „Pacific Resources for Education and Learning“ aktualisiert. Desgleichen wurde das traditionelle Wissen der Marshallisen über Navigation, Bootsbau und das Flechten von Gebrauchsgegenständen und kunsthandwerklichen Produkten in die Lehrpläne mit aufgenommen. Ebenfalls angepasst wurde das Unterrichtsfach „Marshallesisch“, um die einheimische Sprache zu pflegen und sich gegenüber dem Englischen als der zweiten offiziellen Amtssprache durchzusetzen.

An einigen Schulen wurde der Stundenrhythmus angepasst. Statt der üblichen 50 Minuten-Stunde wurde diese erweitert auf 1,5 Stunden Unterricht am Stück, um mehr Zeit für Experimente in Natur und Umwelt außerhalb des Klassenzimmers zu haben. (*Yokwe 21.02.13*)

## POLYNESIEN

### WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

#### Menschenrechte auf dem Prüfstand

**Tonga:** Im Januar 2013 wurde das Königreich Tonga als erster pazifischer Inselstaat bereits zum zweiten Mal im Rahmen des sogenannten UPR-Verfahrens (Universal Periodic Review) durch den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen geprüft. Bei diesen regelmäßigen Überprüfungen der Menschenrechtssituation in den Staaten geht es darum, nicht nur negative Entwicklungen festzustellen, sondern vor allem her-

auszuarbeiten, in welchen Bereichen die Staaten im Vergleich zu den vorherigen UPR's Fortschritte gemacht haben.

Als positiv vermerkten die UN-Beobachter den anhaltenden Demokratisierungsprozess im Königreich. Sie lobten die Durchführung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption und stellten Verbesserungen im Kampf der Polizei und der Nichtregierungsorganisationen gegen häusliche und sexuelle Gewalt fest.

Kritik übten sie an der mangelnden Bereitschaft Tongas zur Ratifizierung wichtiger internationaler Verträge, etwa dem Antidiskriminierungsvertrag gegen Frauen und Mädchen. Sie bemängelten die Ungleichbehandlung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt und bei Besitzrechten von Land und Eigentum. Auch gäbe es noch kein gültiges Strafgesetz bei häuslicher Gewalt gegen Frauen. Frauen müssten vermehrt in politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden, so der UPR-Bericht. Vorgeschlagen haben die UPR-Berichterstatler dem Königreich Tonga auch, eine nationale Menschenrechtskommission einzusetzen, die sich speziell um diese Anliegen kümmert.

Betty Blake, die Koordinatorin der Frauenorganisation „Ma'a Fafine Moe Famili“, sagte, sie erhoffe sich von dem UPR-Bericht nun auch Aktionen der Regierung. Sie erwarte die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die die Empfehlungen des Menschenrechtsrates zügig umsetzt. Besonders wichtig sei ihr die Empfehlung, Frauen auch die Besitzrechte an Land übertragen zu können.

(<http://pacific.ohchr.org>, *Radio NZ Intern. 03.02.13*, *Scoop NZ 05.02.13*)

#### Frau an Parlamentsspitze

**Tonga:** Gloria Guttenbeil Pole'o ist seit dem 28. Januar 2013 Generalsekretärin des tongaischen Parlaments und damit die ranghöchste Beamtin im Parlament.

Die studierte Juristin arbeitete bisher in verschiedenen Positionen für die Regierung, u.a. war sie für die Ausarbeitung juristischer Texte in der Rechtsabteilung zuständig. Sieben Jahre lang war sie Staatsanwältin der Krone. Pole'o ist Mitglied der „Tonga Law Society“ und der „Women in Law Association“. (*Matangi Tonga 01.02., 02.02.13*)

#### Neuer Botschafter

**Tonga:** Brett Aldam ist der neue australische Botschafter im Königreich Tonga. Er wurde Anfang Januar vom australischen Außenminister Bob Carr in dieses Amt berufen. Aldam hat sein Amt zum 1. Februar angetreten. Er ist Nachfolger von Thomas Roth.

Von 2009 bis Juni 2012 war Brett Aldam australischer Botschafter in Kiribati, davor war er in der fidischianischen Botschaft stationiert.

Bob Carr erinnerte bei der Ernennung von Aldam an die engen Verbindungen zwischen Australien und Tonga. So habe man im vergangenen Jahr 33 AUS-Dollar Entwicklungshilfe an Tonga gezahlt, um vor allem Bildungs- und Gesundheitsprojekte zu unterstützen. Beide Staaten arbeiteten auf militärischem Gebiet zusammen, so stellen sie z.B. Soldaten für die „Regional Assistance Mission to the Solomon Islands“ (RAMSI) und für die Friedensstabilisierende Truppe in Afghanistan. Tonga beteilige sich auch am saisonalen Wanderarbeiter-Programm der australischen Regierung. Nicht zuletzt erinnerte Carr daran, dass über 25.000 Tongaer in Australien leben. ([http://foreignminister.gov.au/releases/2013/bc\\_mr\\_130110a.html](http://foreignminister.gov.au/releases/2013/bc_mr_130110a.html))

#### Landungsbrücke eingeweiht

**Tonga:** König Tupou VI. hat Ende letzten Jahres die neue Landungsbrücke „Vuna Wharf“ im Hafen von Nuku'alofa eingeweiht.

Die 18,3 Millionen teure Anlegestelle für Kreuzfahrtschiffe war von China finanziert worden. Seit September 2010 hatte eine chinesische Baufirma den bereits 1906 erbauten Kai restauriert und erweitert. Die Anlegestelle von Vuna war bis in die 1970er Jahre in Betrieb, dann bekam sie Konkurrenz durch die „Queen Salote Wharf“. Bei dem Zyklon „Isaac“ 1982 war ein Großteil des Anlegekais in Vuna zerstört worden.

Der chinesische Botschafter in Tonga, Wang Donghua, sagte, die Entscheidung der Regierung, die alte Anlegestelle zu reaktivieren und sie zu erweitern, sei sehr sinnvoll. Die neue Anlegestelle ermöglicht auch den modernen, bis zu 270 m langen, Kreuzfahrtschiffen ein Anlegen im Hafen von Nuku'alofa und ist damit Vorreiter eines neuen „Kreuzfahrttourismus“ im Pazifik. Der Kai werde mehr Touristen nach Tonga bringen und die lokale Wirtschaft ankurbeln, zeigte sich der Botschafter überzeugt. Das zöge auch neue Jobs im Hafen und bei der Abwicklung der Anlegeformalitäten nach sich, so Donghua.

Direkt auf der 120 m langen neuen Landungsbrücke wurde Platz für Imbissstände und Souvenirshops geschaffen. Die „Vuna Wharf“ liegt am Ende der Hauptstraße von Nuku'alofa, in Laufweite zum Stadtzentrum und in Sichtweite des Königspalastes. Sie hat deshalb einen Standortvorteil, denn die Queen Salote-Anlegestelle liegt drei Kilometer östlich des Stadtzentrums. (*Matangi Tonga* 10.12.12, [http://www.beca.com/projects/transport/ports\\_coastal/vuna\\_wharf.aspx](http://www.beca.com/projects/transport/ports_coastal/vuna_wharf.aspx))

## Neue Medien in Tongatapu

**Tonga:** Noch im ersten Quartal des Jahres sollen zwei neue Fernsehsender und ein neues Radioprogramm auf der Insel Tongatapu auf Sendung gehen. Das tongaische Ministerium für Information und Kommunikation vergab die fünfjährigen Sendelizenzen an zwei Familien. Familie Uata will mit der Firma „Uata Me-

dia Ltd.“ ein Fernseh- sowie ein Radioprogramm starten.

Die Familie Ramanlal Vallabh will ebenfalls ein Fernsehprogramm anbieten. Vallabh betreibt bereits den Radiosender „Radio Nuku'alofa“ auf der FM-Frequenz 88,6 und will mit dem neuen Angebot nun ins Fernsehgeschäft einsteigen. Die Familie plant einen Unterhaltungssender mit vielen Serien. Das Programm soll erst am Abend auf Sendung gehen.

Tu'i Uata, der Sohn des Abgeordneten Uliti Uata und Geschäftsführer von „Uata Media Ltd.“, will sich mit seinen neuen Radio- und Fernsehprogrammen vor allem auf lokale Ereignisse in Tonga konzentrieren. Schwerpunkt seines Bildungsprogramms im Fernsehen sollen nach eigenen Angaben der Demokratisierungsprozess und die Umstrukturierung der Regierung sein. Der von Uata geplante Radiosender wäre der achte private Radioanbieter auf den FM-Sequenzen in Tonga. Die beiden neuen Fernsehsender würden dann mit den gebührenfreien Sendern „Television Tonga“ und dem „Christian TV Network“ konkurrieren. Bezahlfernsehen bieten auf Tonga die Anbieter DigiTV und Sky TV.

(*Matangi Tonga* 04.02.13)

## Neuer Gouverneur eingeschworen

**US-Samoa:** Am 3. Januar sind der neue Gouverneur Lolo Letali Matalasi Moliga und der neue Vize-Gouverneur Peleti Sialega Mauga in ihre Ämter eingeschworen worden. Samoanische Medien bezeichneten dies als „historischen Moment“, denn erstens handle es sich um den Beginn einer neuen Ära, nachdem der Alt-Gouverneur und sein Vize seit 1997 die Geschicke des Landes geleitet hatten. Zweitens gäbe es mit dem neuen Gouverneur erstmal einen von der Insel Manu'a und drittens hatte die feierliche Zeremonie erstmals wieder im Versammlungshaus „Malae o Le-

talua“ in Fagatogo stattgefunden.

Die Amtseinführung geschah auf äußerst traditionelle Weise im Beisein hochrangiger Regierungsvertreter und der Vertreter der wichtigsten Familienverbände. Sowohl das Staatsoberhaupt Tui Atua Tupua Tamsese Efi als auch der Regierungschef, Premierminister Masi'ifo Filifilia, nahmen an der Zeremonie teil und hielten Ansprachen. Nach dem politischen Teil der Zeremonie folgte ein religiöser, bei der den beiden Männern der Segen der Kirche von Bischof Quinn Weitzel und Vertretern verschiedener Denominationen zugesprochen wurde. Eine Kava-Zeremonie sowie Tanz- und Gesangsdarbietungen rundeten das Fest ab.

Gouverneur Moliga studierte in Nebraska und an der „University of San Diego“ in Kalifornien. Er arbeitete zunächst als Lehrer und wechselte dann ins Bildungsministerium von US-Samoa. Für vier Legislaturperioden war er unabhängiger Abgeordneter im Repräsentantenhaus von Amerikanisch-Samoa. Danach gehörte er dem dortigen Senat an. Von 2008 bis 2012 war er Präsident der *Development Bank of American Samoa*. In seiner Jungfernrede als Gouverneur beschwor er die Weitsicht seiner Vorgänger, Amerikanisch-Samoa nicht in die Unabhängigkeit zu entlassen, sondern 1929 ein US-amerikanisches Außengebiet zu werden. Dieser Schritt habe entscheidend zur Verbesserung der Lebensqualität beigetragen und man müsse den Vorfahren dankbar für diese Entscheidung sein. (*The Samoa News* 04.01.13, *Wikipedia*)

## Neuer Gouverneur beruft vier Frauen ins Kabinett

**US-Samoa:** Der neue Gouverneur von Amerikanisch-Samoa, Lolo Matalasi Moliga, hat Mitte Januar vier Frauen in sein Kabinett berufen. In seiner ersten Kabinettssitzung bestimmte er folgende Frauen in ihre Ämter: Dr. Salu Hunkin-Finau wird Bil-

dungsministerin, Dr. Claire Poumele Chefin der Hafenbehörde, Dr. Ruth Matagi die Vorsitzende des Ministeriums für „Marine and Wildlife Resources“ und Faleosina Voight Chefin des Hoch- und Tiefbauamtes.

Hunkin-Finau hatte sich übrigens im Februar 2012 als Kandidatin für das Amt des Gouverneurs aufstellen lassen, war aber bei den Wahlen im November 2012 nicht gewählt worden.

In seiner Antrittsrede sprach Gouverneur Moliga sehr sachlich die Schuldenkrise des amerikanischen Außengebiets an. Die Schulden belaufen sich derzeit auf knapp 45 Millionen US-Dollar. Als Ziele seiner kommenden vierjährigen Amtszeit nannte er die Schaffung von neuen Jobs, den Ausbau der regionalen Wirtschaft, die Ermäßigung der bisher bei Ärzten fälligen 20,- US-Dollar Praxisgebühr auf 10,- US-Dollar sowie die Renovierung maroder Hauptstraßen. (*Talamua 15.01.13, <http://www.talane.com/Governor-names-4-women-directors/15270588>*)

## Kreuzfahrtboom in Pago Pago

**US-Samoa:** Auch in diesem Jahr werden ähnlich viele Kreuzfahrtschiffe den Hafen Pago Pago anlaufen wie im Vorjahr (2011 waren es 19). Die US-amerikanische Tourismusbehörde gab an, dass sich für den Zeitraum vom 31. Januar bis zum 31. November 16 Kreuzfahrtschiffe angekündigt hätten. Dabei liegen die Schiffe nur jeweils einen Tag in Pago Pago und die Passagiere haben meist nur wenige Stunden Aufenthalt. Trotzdem erklärte die Tourismusbehörde den Kreuzfahrttourismus als wichtigen Wirtschaftsfaktor für das amerikanische Außengebiet. (*Radio NZ Intern. 26.12.12, <http://www.americansamoa.travel/>*)

## Bank of Hawai'i schließt Filialen

**US-Samoa:** Die „Bank of Hawai'i“ wird im ersten Quartal des Jahres ihre beiden Zweigstellen in Amerikanisch-Samoa schließen. Grund ist die bereits im Jahr 2000 von der Geschäftsführung der Bank beschlossene Strategie, sich auf die beiden Hauptmärkte der Bank, Hawai'i und Guam, zu konzentrieren. Man habe bis dato versucht, den Bankservice für die Kunden in Amerikanisch-Samoa aufrechtzuerhalten, müsse nun aber aufgeben, da die Insel einfach zu weit weg läge von Hawai'i und Guam. Die Kunden der Bank können ihre Konten bei der ANZ-Bank weiterführen lassen.

Die „Bank of Hawai'i“ war seit 1969 auf Amerikanisch-Samoa vertreten. Sie hat derzeit dort 30 Angestellte in den beiden Filialen in Tafuna und Utulei. Auf Guam und auf Hawai'i betreibt die Bank 74 Filialen mit 489 Bankautomaten. (*Radio NZ Intern. 02.12.12, <https://www.boh.com/news-room/American-Samoa-Branched.asp>*)

## Landkauf vor Abschluss

**Kiribati:** Noch fehlt die offizielle Zustimmung des fidschianischen Landministeriums, doch das sei reine Formsache, so der amtierende Präsident von Kiribati, Anote Tong. Der Ankauf des 23 Quadratkilometer großen Landstriches bei Savusavu auf der fidschianischen Insel Vanua Levu steht demnach kurz vor dem Abschluss.

Anote Tong betonte am Rande des zwölften Gipfels für nachhaltige Entwicklung im indischen Delhi erneut die Politik seiner Regierung. Es ginge nicht darum, Land für die Umsiedlung von I-Kiribatis in Fidschi anzukaufen. Das fruchtbare Ackerland solle demnach zunächst dazu dienen, die Ernährung der rund 103.000 Einwohner der polynesischen Atolle zu sichern. Die Folgen des Klimawandels seien bereits spürbar auf den nur drei Meter hohen Atollen und man werde nicht alle

Atolle mit Deichen und anderen Maßnahmen vor Überflutungen schützen können. Das bedeute jedoch auch, dass nicht ALLE I-Kiribatis umsiedeln müssten, sondern nur die von den Folgen des Klimawandels bereits unmittelbar Betroffenen. Diesen Menschen würde die Option der Umsiedlung angeboten, gezwungen würden sie nicht.

Ganz wichtig in den internationalen Debatten rund um den Klimawandel ist Anote Tong dabei auch das von ihm entwickelte Konzept des „Migrate with Dignity“ (mit Würde migrieren). Die I-Kiribatis sollten nicht als hilflose und tatenlose „Klimaflüchtlinge“ wahrgenommen werden, sondern als Menschen, die pro-aktiv auf die Folgen des Klimawandels reagierten.

Den Ankauf des fidschianischen Landes bezeichnete der Präsident als „Investition in die Zukunft“ und als Hilfe zur Ernährungssicherung der von Stürmen, Überflutungen und Trinkwasserversalzung bedrohten 33 Atolle seiner Heimat. (*Fiji Times 04.02.13, Vortrag von Silja Klepp am 15.02.13*)

## Hotel-Investor gesucht

**Kiribati:** Die „International Finance Corporation“ der Weltbank unterstützt die Regierung von Kiribati bei der Suche nach einem Investor für das insolvente Otintaai-Hotel in Tarawa. Ein Regierungssprecher erklärte, die Nachfrage nach gehobenen Unterkünften würde in den nächsten Jahren steigen, da Kiribati sich den Ausbau des internationalen Tourismus als Ziel gesetzt hat. Dafür plant die Regierung in diesem Jahr Ausgaben in Höhe von 150 Millionen US-Dollar. Die Weltbank möchte diese Entwicklung unterstützen, verspricht sie sich davon doch die Schaffung neuer Jobs sowie die allgemeine Stärkung der Wirtschaftskraft. Die Regierung von Kiribati wirbt mit ganzseitigen Anzeigen in den einschlägigen pazifischen (Wirtschafts-)Magazinen (z.B. im Is-

lands Business von Februar 2013) um einen Großinvestor für das in die Jahre gekommene Hotel. Der Regierungssprecher ist zuversichtlich, einen Investor zu finden, da Land auf Tarawa knapp ist und der zukünftige Hotelbesitzer keine Konkurrenz fürchten muss: Für ein derart großes Hotel ist einfach kein Platz mehr auf South-Tarawa.

*Info:* Der Hotelkomplex Otintaa (deutsch: Sonnenaufgang) befindet sich auf dem Hauptatoll South-Tarawa auf Regierungsland. Er besteht aus zwei Gebäuden mit insgesamt 40 Gästezimmern, einem Restaurant, einer Bar und einem großen Konferenzraum. Einer größeren Öffentlichkeit wurde der Name Otintaa 2004 bekannt. Damals tagte die Pazifische Kirchenkonferenz vom 6. bis zum 11. März in eben diesem Hotel und verfasste die so genannte „Otintaa Declaration“ - a statement and recommendations from the Pacific churches' consultation on climate change. (<http://www.oikoumene.org/en/resources/documents/wcc-programmes/justice-diakonia-and-responsibility-for-creation/climate-change-water/otin-tai-declaration.html>, <http://www.otintaa hotel.com>, Radio NZ Intern, 24.12.12)

## FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI (OSTERINSEL)

Anmerkung der Redaktion: Wenn nicht anders gekennzeichnet, sind alle Artikel in dieser Rubrik von Pazifik-Netzwerkmittglied Lorenz Gonschor, Honolulu.

### Unterstützung der Salomonen, Tuvalu und Naurus in der UNO

**Frz.-Polynesien:** Die Kampagne der Landesregierung Französisch-Polynesiens, ihr Land auf die von der UNO geführte Liste der nicht-selbstregierten Territorien wiedereinschreiben zu lassen, hat einen weiteren Erfolg erzielt. Nach monatelanger Lobbyarbeit des Präsidenten Oscar Temaru sowie des Senators Richard Ariihau Tuheiva (einer der

beiden Vertreter Frz.-Polynesiens im französischen Senat), die dazu häufig nach New York reisten, brachten am 7. Februar die Salomonen, Tuvalu und Nauru gemeinsam eine Resolution zur Wiedereinschreibung Französisch-Polynesiens in die UN-Generalversammlung ein, und am 14. Februar wurde die Resolutionsvorlage im Amtsblatt der UNO veröffentlicht. Eine Sitzung der Generalversammlung zur Abstimmung über die Resolution ist für Mitte März anberaumt. Die Resolutionsvorlage bestätigt das unveräußerliche Recht Frz.-Polynesiens auf Selbstbestimmung, erklärt das Land formell erneut zu einem nicht-selbstregierten Territorium und fordert Frankreich dazu auf, mit dem Territorium in einen konstruktiven Dialog zu treten, um dessen Recht auf Selbstbestimmung zu implementieren. Frankreich hatte seine beiden Pazifikterritorien, Neukaledonien und das heutige Französisch-Polynesien, 1947 willkürlich von der Liste entfernt, aber Neukaledonien war durch einen Mehrheitsbeschluss der Generalversammlung 1986 wieder auf die Liste gesetzt worden. Der jetzt angelaufene Prozess wird, falls die Resolutionsvorlage von einer Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten angenommen wird, Frz.-Polynesien in dieser Hinsicht mit Neukaledonien gleichstellen. Da die Bewegung der Blockfreien Staaten, der die Mehrheit der UN-Mitglieder angehört, bereits letztes Jahr ihre Unterstützung zugesagt hatte, ist die Wahrscheinlichkeit einer Annahme der Resolution recht hoch. (*Tahiti Infos, eigene Recherchen*)

### Flosse erneut verurteilt

**Frz.-Polynesien:** Gaston Flosse, der ehemalige Präsident (Amtszeiten 1982 - 1987, 1991 - 2004, 2004 - 2004, 2008) und derzeitige Senator von Frz.-Polynesien, ist in zwei verschiedenen Korruptionsprozessen zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Am 15. Januar wurde er in erster In-

stanz zu einer Gefängnisstrafe von fünf Jahren, einer Geldbuße von zehn Millionen CFP-Francs (83.800 EUR) sowie fünf Jahren Verlust der Bürgerrechte (d.h. Verbot der Ausübung des Wahlrechts und politischer Ämter) verurteilt, weil er im Zuge der so genannten „Telefonbuch“- oder „Post-Affäre“ von dem französischen Geschäftsmann Hubert Haddad zwischen 1994 und 2005 Bestechungsgelder in Höhe von mehreren Hunderttausend Euro entgegengenommen hatte, um Haddad ein Monopol über die Vergabe von Werbeflächen im Telefonbuch und anderen Publikationen der Postverwaltung Französisch-Polynesiens zu sichern. Haddad selbst erhielt die gleiche Freiheits- und Gefängnisstrafe wie Flosse, sowie ein fünfjähriges Verbot, geschäftlich tätig zu sein. Als Mittäter wurden zahlreiche Mitarbeiter von Flosse, Haddad sowie der Postverwaltung, je nach Schwere ihrer Mitschuld, zu Haft-, Bewährungs- oder Geldstrafen verurteilt, unter anderem der frühere Postminister Emile Vernaudon, Flosses Sekretärin Melba Ortas sowie der Politiker Noa Tetuanui, der, ehemals Mitglied von Oscar Temarus Partei, im Oktober 2004 die Seiten gewechselt hatte, nachdem Flosse ihm einen Teil von Haddad's Bestechungsgeldern zukommen lassen hatte.

In einem zweiten Prozess wurde Flosse am 7. Februar von einem Appellationsgericht zu vier Jahren Haft, 15 Millionen CFP-Francs (125.700 EUR) Geldstrafe und drei Jahren Suspendierung der Bürgerrechte verurteilt, womit ein Urteil in erster Instanz vom Oktober 2011 bestätigt wurde. Es ging hierbei um die „fiktive Beschäftigung“ zahlreicher Parteifreunde von Flosse, die offiziell im Präsidialamt angestellt waren und dafür hohe Gehälter erhielten, ohne jemals dort gearbeitet zu haben. Siebzehn der davon Betroffenen wurden als Mittäter ebenfalls zu Gefängnis-, Bewährungs- oder Geldstrafen verurteilt, während fünfundzwanzig andere Mitangeklagte freigesprochen wurden.

In beiden Prozessen wurden die Urteile von allen Verurteilten angefochten, (d.h. der erste Prozess muss am Appellationsgericht in Papeete neu verhandelt werden, während der zweite, der bereits ein Berufungsprozess war, im Sommer vom Kassationshof in Paris überprüft werden wird), so dass die Urteile bis auf weiteres noch nicht rechtskräftig sind, was insbesondere im Hinblick auf die kommenden Wahlen bedeutsam ist. Sollten die Urteile in den Berufungsverfahren bestätigt werden, würden die Reihen der aktiven lokalen Politiker, insbesondere innerhalb von Flosses *Partei Tahoeraa*, erheblich dezimiert werden. (*Tahiti Infos, Tahiti-Pacifique*)

### Neuordnung der politischen Landschaft vor den Wahlen

**Frz.-Polynesien:** Im Zuge des beginnenden Wahlkampfes für die am 21. April und 5. Mai stattfindenden Wahlen zur Landesversammlung von Französisch-Polynesien kommt es zu einer erneuten Umwälzung der politischen Landschaft. Während die derzeit regierende, für die Entkolonisierung des Landes eintretende *Union pour la Démocratie* (UPLD) von Präsident Temaru aufgrund der miserablen Wirtschaftslage des Landes um ihre Wiederwahl bangt, zementieren sich zwei untereinander verfeindete Lager in der pro-französischen Opposition. Die Partei *Tahoeraa Huiraatira* des langjährigen ehemaligen Präsidenten und derzeitigen Senators Gaston Flosse, die es letztes Jahr geschafft hatte, alle drei Abgeordnetensitze Frz.-Polynesiens in der Pariser Nationalversammlung zu gewinnen, versucht sich als Garant der wirtschaftlichen und politischen Stabilität darzustellen, frei nach dem Motto „Früher, als wir regierten, war alles besser“.

Mehrere pro-französische Splitterparteien, die sich in den letzten zehn Jahren von der *Tahoeraa* abgespalten hatten, unter anderem die Parteien *Rautahi* unter

Führung von Jean-Christophe Bouissou, *Te Mana Toa* unter Sandra Lévi-Agami und *Taatira No Te Hau* unter Robert Tauseau, schlossen sich erneut mit der *Tahoeraa* zusammen, so dass letztere nun mit 14 Abgeordneten die stärkste Oppositionsfraktion in der Landesversammlung bildet. Die Restfraktion der bei den letzten Wahlen 2008 stärksten Partei *To Taitou Aia* unter Gaston Tong Sang, die sich seitdem stark zersplittert hatte, schloss sich dagegen mit mehreren anderen Splittergruppen innerhalb und außerhalb der Landesversammlung zu einer neuen Partei unter dem Namen *A Tia Porinetia* („Steh auf, Polynesien“) zusammen. Diese bestimmte Teva Rohfritsch, einen ehemaligen Minister, der verschiedenen Kabinetten unter Flosse, Tong Sang und Temaru angehört hatte, zu ihrem Vorsitzenden und Spitzenkandidaten.

Der Versuch des als Saubermann und politischer Erneuerer auftretenden Teiva Manutahi, dessen Partei *Porinetia Ora* nicht in der Landesversammlung vertreten ist, eine breite Front „progressiver Autonomisten“ (d.h. tendenziell pro-französischer aber unpolemisch und sachlich auftretender Politiker mit sauberem, nicht opportunistischem Ruf) zu schaffen, ist dagegen gescheitert, da die meisten anderen der von ihm als „progressiven Autonomisten“ identifizierten Politiker, beispielsweise Philip Schyle, Nicole Bouteau und Béatrice Vernaude, es vorzogen, mit den politischen Opportunisten Tong Sang und Rohfritsch im Rahmen von *A Tia Porinetia* zusammenzuarbeiten und Manutahi im Regen stehen ließen.

Eine weitere Gruppe von politischen Außenseitern formierte sich unter der Führung des Gewerkschafters Emile Vernier. Verniers Partei *Rassemblement pour le Respect des Populations Polynésiennes* (Vereinigung für den Respekt gegenüber der polynesischen Bevölkerung) fordert die unverzügliche Abhaltung einer

Volksabstimmung über die Unabhängigkeit, und, im Falle einer Ablehnung dieser, ein weiteres Plebiszit über die Abschaffung der autonomen Landesregierung und die Erklärung Französisch-Polynesiens zu einem französischen Département nach Vorbild von Réunion und der französischen Karibikinseln.

Da die Zahl der Nichtwähler in den letzten Jahren immer mehr zugenommen hat, ist es schwer, Prognosen für die Wahlen zu geben. Das erneut veränderte Wahlsystem gibt der stärksten Partei einen Bonus von einem Drittel der zu vergebenden Sitze. Von daher könnte die Spaltung des traditionellen pro-französischen Lagers in zwei größere Parteien dazu beitragen, der UPLD eine erneute Mehrheit zu geben, trotz deren sinkender Popularität. Andererseits wäre es nicht undenkbar, dass kritische Außenseiter mit neuen Ideen wie Manutahi oder Vernier unter bisherigen Nichtwählern eine relevante Stimmenzahl gewinnen könnten. (*Tahiti Infos, Tahiti Pacifique*)

### Fünf Atomtestopfer sollen entschädigt werden

**Frankreich:** Fünf ehemalige Arbeiter des französischen Atomtestgeländes auf Moruroa in Französisch-Polynesien fallen unter das vor drei Jahren vom französischen Senat verabschiedete „Loi Morin“ und können Reparationszahlungen für die gesundheitsschädigenden Auswirkungen der Atomtests erhalten. Das hat das so genannte „Kompensationskomitee“ im französischen Verteidigungsministerium Ende letzten Jahres entschieden.

Die polynesische Atomtestveteranenvereinigung „Moruroa e taitou“ zeigte sich enttäuscht von dem Urteil. Sie vertritt die Klagen von insgesamt 782 ehemaligen Atomtestveteranen, die vor dem französischen Obersten Gerichtshof Kompensationen für die Schädigung ihrer eigenen und der Gesundheit ihrer Kinder und En-

kelkinder einzuklagen versuchen.

Nach Angaben des Kompensationskomitees wurden bisher 400 Einzelschicksale überprüft. Demnach leiden nur neun der überprüften 400 ehemaligen Arbeiter an gesundheitlichen Folgen, die unmittelbar auf radioaktive Verstrahlung zurückgehen. 391 Menschen litten zwar ebenfalls an Krebs oder anderen schweren Krankheiten, diese ließen sich jedoch nicht als unmittelbare Folge von Verstrahlung identifizieren, so das Komitee. (Artikel von Julia Ratzmann. Quellen: Pressemitteilung Moruroa e tatou 13.12.12, Radio NZ. Intern. 12.12.11)

## Neues Krankenhaus eingeweiht

**Rapa Nui:** Am 31. Oktober wurde das neue Krankenhaus auf Rapa Nui vom chilenischen Präsidenten Sebastián Piñera, der zu diesem Anlass erstmals die Insel besuchte, offiziell eingeweiht. Das Projekt, das von Piñeras Vorgängerin Michelle Bachelet in Auftrag gegeben wurde, war Anfang 2010 ins Stocken geraten, da die Regierung die zum Bau des Krankenhauses bereitgestellten Mittel zur Notversorgung und zum Wiederaufbau der durch die Erdbeben- und Tsunamikatastrophe zerstörten chilenischen Küste verwenden wollte. Der Rechnungshof der Republik Chile entschied jedoch, dass bereits bereitgestellte Geldmittel nur für ihren ursprünglichen Zweck verwendet werden dürfen, und Mitte des Jahres 2010 wurde schließlich mit dem Bau des Hospitals begonnen.

Der Vorgängerbau, eine Gruppe von Baracken, die Anfang der 1970er Jahre vom amerikanischen Militär als provisorisches Hospital errichtet worden war, war zu Beginn des 21. Jahrhunderts so baufällig geworden, dass Patienten für praktisch jede kompliziertere Behandlung nach Santiago ausgeflogen werden mussten.

Das neue Hospital, dessen Gesamtkosten sich für das Gebäude

sowie die angelieferten medizinischen Geräte auf etwa 17 Milliarden Pesos (ca. 27 Millionen EUR) belaufen, umfasst auf einer Fläche von 5.920 Quadratmetern 16 Krankenbetten, zwei Operationssäle, eine Notaufnahme sowie zahlreiche Fachabteilungen. Insgesamt beschäftigt das Krankenhaus 90 Angestellte, darunter fünf Ärzte. Eine Besonderheit ist die Abteilung für traditionelle Medizin, in der einheimischen Heilkundigen die Möglichkeit gegeben wird, in Ergänzung zur westlichen Schulmedizin traditionelle Heilmethoden zu praktizieren. (Website der chilenischen Regierung [www.gob.cl](http://www.gob.cl), El Correo del Moai)

## Petero Edmunds erneut Bürgermeister

**Rapa Nui:** Im Zuge der chilenischen Kommunalwahlen am 28. Oktober wurde Petero Edmunds zum neuen Bürgermeister der Osterinsel gewählt. Edmunds war bereits von 1994 bis 2008 Bürgermeister, war aber bei der letzten Kommunalwahl 2008 nicht mehr angetreten. Im Januar 2010 ernannte der chilenische Präsident Sebastián Piñera Edmunds zum Gouverneur, aber im August des gleichen Jahres trat er aufgrund von Kontroversen zurück. Vor der Wahl hatte sich Edmunds von der Christdemokratischen Partei (PDC, Teil der 1990-2010 in Chile regierenden Mitte-Links-Koalition *Concertación*), der er während seiner früheren Amtszeit angehört hatte, abgewandt und war in die neugegründete linksliberal-ökologische Fortschrittspartei (PRO) des chilenischen Politikers Marco Enríquez-Ominami eingetreten.

Edmunds gewann die Wahl mit 42,3 % der Stimmen. Die Amtsinhaberin Luz Zasso (Edmunds' Nachfolgerin als lokale Spitzenkandidatin der PDC) kam dagegen mit 26,3 % nur auf den zweiten Platz und musste das Rathaus nach vierjähriger Amtszeit an Edmunds zurückgeben. Der bisherige Gemeinderat Julio Arauki, Kandidat der Unabhängigen

Demokratischen Union (UDI, Teil der regierenden *Coalición* von Präsident Piñera), landete mit 17,2 % an dritter Stelle. Zwei weitere unabhängige Kandidaten, José Rapu und Mata Atán, erhielten jeweils 8,6 und 3,4 Prozent.

Zusammen mit dem Bürgermeister wurde auch der sechsköpfige Gemeinderat gewählt. Drei Gemeinderäte, Carlos Mardones Riroroko (Radikale Sozialdemokratische Partei), Marta Hotus (PDC) und Alberto Hotus (Partei für die Demokratie; ehemaliger Bürgermeister [1992-94]) wurden wiedergewählt, während Ximena Trengove (PDC) und Amelia Olivares (UDI) die Wiederwahl verfehlten. Yolanda Nahoe (Unabhängige Regionalistische Partei), Mai Teao (Partei der Nationalen Erneuerung) und Pedro Tepano (Unabhängiger) wurden neu in den Gemeinderat gewählt. Die Wahlbeteiligung lag bei nur 53%. Nach Meinung von Beobachtern gingen vor allem die zahlreichen chilenischen Siedler, die automatisch das kommunale Wahlrecht erhalten, wenn sie ihren Wohnsitz auf die Insel verlegen, und deren Stimmen bisher einen oft entscheidenden Einfluss auf lokale Wahlen hatten mehrheitlich nicht zur Wahl. Dies würde auch die Tatsache erklären, dass zum ersten Mal seit mehreren Jahrzehnten alle Gemeinderäte einheimische Rapanui sind, und die beiden aus Chile stammenden Gemeinderätinnen der letzten Legislaturperiode (Trengove und Olivares) ihre Wiederwahl verfehlten.

Die Wiederwahl Edmunds' zum Bürgermeister überraschte jedoch viele. In den letzten Jahren seiner vorherigen Amtszeit war er unter den Einheimischen zusehends unbeliebter geworden, da ihm ein selbstherrlicher und exzentrischer Führungsstil, Korruption und Verstrickungen mit chilenischen Geschäftsleuten vorgeworfen wurden. Letzteres war der Hauptgrund für die starken Proteste gegen seine Ernennung zum Gouverneur im Jahre 2010, die ihn schließlich zum Rücktritt zwangen.

Edmunds' Parteiwechsel von der PDC zur PRO, zusammen mit seiner nach wie vor charismatischen Persönlichkeit, könnte dagegen den entscheidenden Beitrag zu seinem Wahlsieg geleistet haben. Anders als die zwei dominanten chilenischen Parteienkoalitionen (*Coalición* und *Concertación*) strebt Enríquez-Ominamis PRO radikale politische und wirtschaftliche Veränderungen an, unter anderem die Umwandlung Chiles in einen „Pluri-Nationalen Staat“ mit voller Anerkennung aller indigenen Volksgruppen nach Vorbild Boliviens unter Evo Morales. Sich dieser Partei angeschlossen zu haben könnte somit Edmunds ramponiertes Image unter den Rapanui wieder aufgebessert haben. (*Website der chilenischen Wahlzentrale, „Servicio Electoral“* <http://www.servel.cl>; *El Correo del Moai*)

### Aktivisten fordern Anschluss an Französisch-Polynesien

**Rapa Nui:** Leviante Araki, Präsident des *Rapa Nui Parlaments*, äußerte Mitte Januar in einem Interview mit der französischen Tageszeitung *Le Monde* sein Interesse, seine Insel von Chile abzuspalten und statt dessen an Französisch-Polynesien anzuschließen. Das *Rapa Nui Parlament* ging aus dem Ältestenrat der Insel hervor und ist eine repräsentative Sammlungsbewegung derjenigen Rapanui, die den derzeitigen Status der Insel als integraler Teil von Chile ablehnen und stattdessen einen Entkolonisierungsprozess anstreben.

Obwohl die frühere chilenische Mitte-Links Regierung unter den Präsidenten Ricardo Lagos und Michelle Bachelet sich zögerlich dazu bereiterklärte, Reformen einzuleiten, Rapa Nui zu einem teilautonomen Überseeterritorium zu machen und die Einwanderung chilenischer Siedler zu beschränken, ist bislang nichts Substantielles in diese Richtung geschehen. Entsprechende Gesetzesvorlagen wurden im chilenischen Kongress entweder bis zur

Unkenntlichkeit verwässert oder gar nicht weiter bearbeitet. Seitdem in Chile seit Anfang 2010 der rechtsgerichtete Sebastián Piñera regiert, hat sich die Situation noch deutlich verschlimmert, denn Piñeras Regierung schickte in den letzten drei Jahren mehrmals paramilitärische Polizei auf die Insel, um Proteste blutig niederzuschlagen und mit der Regierung verfilzte private Wirtschaftsinteressen durchzusetzen, ganz im Stil der berüchtigten Militärdiktatur von Augusto Pinochet in den 1970er und 1980er Jahren.

Während das *Parlament* Mitte des letzten Jahrzehnts nur eine Minderheit der Einheimischen vertrat und die Mehrheit Hoffnungen in die Reformbereitschaft der chilenischen Regierung setzte, hat sich die Situation mittlerweile umgedreht. Da von Santiago (Chile) keine Reformen zu erwarten sind, während immer mehr chilenische Siedler ungebremst einwandern, finden radikale politische Forderungen zunehmend Rückhalt in der Bevölkerung.

Da die völlige staatliche Unabhängigkeit der Insel wenig realistisch ist (mit weniger als 5.000 Einwohnern wäre sie der kleinste unabhängige Staat Ozeaniens, noch deutlich kleiner als Nauru [9.000 Ew.] und Tuvalu [11.000 Ew.] und außerdem, anders als Nauru und Tuvalu, mehrere tausend Kilometer von der nächsten Insel entfernt) erscheint der Anschluss an Französisch-Polynesien (bzw. an dessen unabhängigen Nachfolgerstaat, falls letzteres von Frankreich seine Unabhängigkeit erhalten sollte) eine sinnvolle Zukunftsperspektive.

Rapa Nui hat außerdem enge historische Beziehungen zu Tahiti, Mangareva und anderen Inseln Französisch-Polynesiens, wo mit etwa 500 Personen die weltweit zweitgrößte Rapanui-Diasporagemeinde lebt (die größte befindet sich in Chile und umfasst mehr als tausend). Bereits jetzt ist Tahiti somit für Rapa Nui das Tor zum Rest des polynesischen Kul-

turraums. (*Le Monde, Radio New Zealand International*)

## HAWAI'I

Anmerkung der Redaktion: Wenn nicht anders gekennzeichnet, sind alle Artikel in dieser Rubrik von Pazifik-Netzwerkmitglied Lorenz Gonschor, Honolulu.

### † Soli Niheu

Am 30. November 2012 verstarb der hawaiische Unabhängigkeitsaktivist Henry WelokTheiaka'e'eloa Niheu Jr., besser bekannt als „Papa Soli“ im Alter von 69 Jahren in Honolulu an den Folgen einer schweren Diabetes. Niheu wurde 1942 geboren, besuchte eine Berufsschule und begann sich als junger Mann politisch zu engagieren.

1970/71 versuchten die Bewohner des Kalama-Tals an der Ostspitze von Hawai'i's Hauptinsel O'ahu, ihre Häuser und Farmen vor Zwangsräumung zu schützen und erhielten dafür die Unterstützung zahlreicher hawaiischer Studenten und anderer politischer Aktivisten. Obwohl die Proteste keinen direkten Erfolg hatten, wurden sie zum Gründungsmoment der modernen hawaiischen Souveränitätsbewegung. Im Zuge dieser Proteste profilierte sich Niheu durch sein Organisationstalent und seine rhetorische Begabung als einer der Anführer der Bewegung. Als Vertreter des radikalsten Flügels der Aktivisten formierte Niheu in Folge Mitte der 1970er Jahre zusammen mit Kawai-puna Prejean und Hayden Burgess (Pōkā Laenui) die erste organisierte Bewegung mit dem expliziten Ziel der Wiederherstellung der Unabhängigkeit Hawai'i's. Er schuf damit die Grundlage für die zahlreichen hawaiischen Unabhängigkeitsbewegungen der Gegenwart.

Als Mitorganisator aller wichtigen hawaiischen Protestveranstaltungen der 1970er, 1980er und 1990er Jahre arbeitete Niheu auch aktiv mit anderen Unabhän-

gigkeitsbewegungen im Pazifik zusammen und unternahm zahlreiche Reisen auf die anderen Inseln des Pazifiks, um dort Verbindungen zu knüpfen. Zusammen mit Titewhai Harawira in Neuseeland, Charlie Ching und Oscar Temaru in Tahiti, Yann Céléné Uregei in Neukaledonien und Walter Lini in Vanuatu gehörte Niheu zur Gründergeneration der modernen anti-kolonialen Bewegungen im Pazifik. In diesem Zusammenhang war er auch Gründungsmitglied der „Nuclear Free and Independent Pacific“ (NFIP)-Bewegung, für die er bis zu seinem Tod als Vertreter der Region VI (Hawai'i und Rapa Nui) Mitglied des Executive Board (Ausschuss) war.

Niheus Familienleben war turbulent, er war dreimal verheiratet und geschieden, und hinterlässt neben seinen Ex-Ehefrauen fünf Kinder und fünf Enkelkinder. Die Trauerfeier fand Anfang Januar auf dem Gelände des 'Iolani-Palastes in der Altstadt von Honolulu statt und wurde von zahlreichen Aktivisten aus Hawai'i und anderen Teilen des Pazifiks besucht. *(eigene Bekanntschaft mit dem Verstorbenen, Honolulu Star-Advertiser)*

## † Senator Daniel Inouye

Am 17. Dezember 2012 verstarb der japanischstämmige Politiker Daniel Inouye, langjähriger Vertreter Hawai'is im US-Senat, im Alter von 88 Jahren in einem Militärkrankenhaus in einem Vorort von Washington. Inouye wurde am 7. September 1924 in Honolulu als Sohn japanischer Einwanderer geboren. Er wuchs in Hawai'i auf und besuchte die McKinley-Oberschule in Honolulu. Im Zweiten Weltkrieg meldete er sich freiwillig für den Militärdienst und kämpfte im aus japanischen Freiwilligen zusammengesetzten 442. Infanterieregiment der amerikanischen Armee in mehreren Schlachten in Frankreich und Italien, wobei er seinen rechten Arm verlor. Um seinen Ruf als Kriegsheld zu unterstreichen, weigerte er sich Zeit seines Lebens, eine

Prothese zu tragen und der leere Ärmel seines Jacketts wurde zu seinem Markenzeichen. Nach dem Krieg studierte Inouye zunächst Politikwissenschaften an der Universität von Hawai'i und dann Jura an der Universität von Washington. Nach seinem Studienabschluss kehrte er nach Hawai'i zurück und wurde in der Demokratischen Partei politisch tätig. 1953 wurde er ins Parlament des US-Territoriums gewählt. Nach der Erklärung Hawaiis zum Bundesstaat im Jahre 1959 wurde er Kongressabgeordneter des neuen Staates in Washington. Nach drei Jahren im Repräsentantenhaus wechselte er 1963 in den Senat, wo er Hawai'i bis zu seinem Tod als einer von zwei Senatoren vertrat. Bereits gegen Ende des 20. Jahrhunderts war er einer der dienstältesten Senatoren und hatte seit 2010 das nach dem Senioritätsprinzip vergebene Amt des Präsidenten *pro tempore* des US-Senats inne („*pro tempore*“ deshalb, weil formell der US-Vizepräsident Präsident des Senats ist).

Aufgrund seiner jahrzehntelangen Amtszeit war Inouye einer der einflussreichsten Politiker in Washington. Im Senat gehörte er dem Ausschuss für die Verteilung von Haushaltsmitteln (Committee on Appropriations) an, dem er seit 2009 vorsah. Inouye ermöglichte damit einen nahezu konstanten Fluss von Subventionen und Fördergeldern der US-Bundesregierung nach Hawai'i, insbesondere dann, wenn die Demokratische Partei eine Mehrheit im Senat hatte. Damit schuf er sich eine stetig wachsende Klientel unter den politischen und wirtschaftlichen Eliten in Hawai'i, wodurch die seit Jahrzehnten ungebrochene Herrschaft der deshalb auch als „The Machine“ bezeichneten Demokratischen Partei über den Bundesstaat Hawai'i zementiert wurde.

Während Inouyes Politik der klientelistischen Subventionsvergabe (im Englischen als „Earmarks“ oder „Pork-barrels“ bezeichnet)

viele Arbeitsplätze schuf und auch gelegentlich beachtliche Summen zur Förderung hawaiischer Kultur bereitstellte, ging ein Großteil der von Inouye nach Hawai'i gelenkten US-Bundesmittel in den Ausbau der zahlreichen amerikanischen Militärbasen auf den pazifischen Inseln.

Aufgrund seiner jugendlichen Begeisterung für den Zweiten Weltkrieg war Inouye zeitlebens ein leidenschaftlicher Militarist. Er kann für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts als Hauptverantwortlicher für die militärische Aufrüstung Hawai'is angesehen werden. Besonders heftig kritisiert wurde Inouyes persönliche Intervention zum Bau militärischer Prestigeprojekte, wie beispielsweise die von ihm veranlasste Aushebung amerikanischer Natur-, Umwelt- und Denkmalschutzgesetze zum Bau der milliardenteuren „H-3“-Autobahn zur Verbindung der zwei größten Militärbasen auf O'ahu, durch den eine beachtliche Fläche Regenwald und mehrere historische Tempelanlagen zerstört wurden, ohne dass die Autobahn wesentlichen Nutzen für die Zivilbevölkerung hat.

Entsprechend seines großen politischen Gewichts fanden sowohl in Washington als auch in Honolulu pompöse Gedenkfeiern zu Ehren Inouyes statt. Sein Sarg wurde in der Rotunde des Kapitols aufgebahrt, eine Ehre, die nur außergewöhnlichen US-Politikern zugestanden wird. Weitere Trauerfeiern fanden in der Washingtoner Nationalkathedrale, im Staatskapitol von Honolulu und auf dem in einem Vulkankrater oberhalb von Honolulu gelegenen Nationalen Militärfriedhof des Pazifiks statt.

Aufgrund einer merkwürdigen gesetzlichen Regelung führt der Tod eines Senators im Amt nicht wie bei dem eines Kongressabgeordneten zu partiellen Neuwahlen, sondern es bleibt dem Gouverneur des jeweiligen Bundesstaates überlassen, für die restliche

Amtsperiode einen Nachfolger zu ernennen. Entgegen dem (rechtlich nicht bindenden) testamentarischen Wunsch Inouyes, die Kongressabgeordnete Colleen Hanabusa zu seiner Nachfolgerin zu ernennen, ernannte der Gouverneur des US-Bundesstaats Hawai'i, Neil Abercrombie, den bisherigen Vize-Gouverneur Brian Schatz zu Inouyes kommissarischem Nachfolger, der bis zu den nächsten Senatswahlen im Jahr 2014 amtieren wird. Zum neuen Vize-Gouverneur des Bundesstaats ernannte Abercrombie den bisherigen Staatssenator Shan Tsutsui. (*Honolulu Star Advertiser, Wikipedia*)

### **Beitritt zur Genfer Konvention und zum Intern. Strafgerichtshof**

Am 10. Dezember reichte der Politikwissenschaftler Keanu Sai als kommissarisch handelnder Vertreter der Regierung des Hawaiischen Königreichs im Generalsekretariat der Vereinten Nationen (UN) in New York eine Erklärung ein, durch die Hawai'i dem *Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshof* beitrifft. Ebenso wurde am 14. Januar eine Beitrittserklärung Hawai'is zur *Vierten Genfer Konvention über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten* vom Schweizer Außenministerium in Bern entgegengenommen.

Der durch das 2002 in Kraft getretene Römische Statut geschaffene Internationale Strafgerichtshof mit Sitz in Den Haag ermittelt gegen Individuen wegen schwerwiegender Verbrechen, insbesondere Kriegsverbrechen, wie sie von der Vierten Genfer Konvention von 1949 definiert werden, falls diese von den zuständigen nationalen Gerichten nicht, oder nur ungenügend strafrechtlich verfolgt werden.

Da das hawaiische Königreich von den USA nicht völkerrechtskonform annektiert, sondern lediglich unilateral besetzt wurde, und außerdem die USA zuvor mit

Hawai'i ein Abkommen geschlossen hatten, in dem sie sich verpflichten, die durch ihre Militärintervention von 1893 gestürzte legitime hawaiische Regierung wieder einzusetzen, ist die heutige US-Herrschaft über Hawai'i völkerrechtlich gesehen nichts anderes als ein Besatzungsregime und unterliegt damit den Bestimmungen der Genfer Konvention. Da es diese aber 1893 noch nicht gab, musste eine kommissarische hawaiische Regierung jetzt offiziell der Genfer Konvention beitreten, um letztere in Hawai'i wirksam zu machen.

Durch den Beitritt zum Römischen Statut kann der Internationale Strafgerichtshof somit jetzt ermächtigt werden, gegen Individuen zu ermitteln, die im Auftrag der amerikanischen Regierung in Hawai'i Kriegsverbrechen begehen. Im Gegensatz zur landläufigen Meinung sind unter Kriegsverbrechen nicht nur Vergewaltigungen, Folter, Massaker und andere Gewalttaten gemeint, sondern alle Handlungen, die im Namen einer Besatzungsmacht ausgeführt werden und die die in den Haager und Genfer Konventionen definierten Rechte der Bevölkerung eines besetzten Landes verletzen. Dazu gehören in Hawai'i beispielsweise die Anwendung amerikanischen statt hawaiischen Immobilienrechts, was dazu führt, dass zahlreiche einheimische Familien ihr Land verlieren, oder auch die unkontrollierte Ansiedlung von Amerikanern („Überführung von Zivilbevölkerung der Besatzungsmacht in ein besetztes Land“, von der Genfer Konvention verboten) oder auch die Indoktrination hawaiischer Kinder, die in vielen Schulen bis heute dazu genötigt werden, täglich einen Treue-Eid auf die amerikanische Flagge zu leisten.

Die erste Beschwerde gegen mehrere Richter, die von Zwangsraumung bedrohten hawaiischen Hausbesitzern einen fairen Prozess verweigerten, wurde bereits an den Internationalen Strafgerichtshof weitergeleitet. Da die

USA einer der wenigen Länder sind, die dem Römischen Statut nicht beigetreten sind, und sogar versucht haben, die Funktionsweise des Internationalen Strafgerichtshofes aktiv zu sabotieren, ist es unwahrscheinlich, dass die angeklagten Individuen jemals in Den Haag verurteilt werden. Auf jeden Fall aber könnten Ermittlungen des Gerichtshof gegen amerikanische Regierungsvertreter in Hawai'i massiv dazu beitragen, die Weltöffentlichkeit auf das Problem der amerikanischen Besatzung der Inseln aufmerksam zu machen. (*Hawaiian Kingdom Blog <http://hawaiiankingdom.org/blog/>, eigene Recherchen*)

### **AOTEAROA (NEUSEELAND)**

#### **Fischereigesellschaft verklagt**

Die neuseeländische Fischereigesellschaft Sanford mit Sitz in Auckland muss Strafgerichte in Höhe von 1,9 Millionen US-Dollar an Amerikanisch-Samoa zahlen. Weitere 500.000 US-Dollar müssen als so genanntes „Community Service Payment“ an die amerikanische „National Fisheries Foundation“ gezahlt werden. Das entschied Mitte Januar ein amerikanisches Gericht. Sanford erhielt außerdem eine Bewährungsstrafe über drei Jahre. In diesem Zeitraum darf die Fischereigesellschaft amerikanische Häfen nur dann anlaufen, wenn sie bestimmte Umweltauflagen einhält. Jährlich sollen diese Umweltschutzmaßnahmen überprüft werden.

Im Januar 2012 war gegen die Firma Sanford geklagt worden, als bekannt wurde, dass sie mit Öl verseuchtes Wasser aus der Bilge des firmeneigenen größten Thunfischfang-Bootes „San Nikunau“ in den Hoheitsgewässern von Amerikanisch-Samoa illegal entsorgt hatte. Zwar konnte niemand das Öl im Meer rund um das amerikanische Außengebiet feststellen, doch fanden sich Fälschungen im so genannten „Oil

Record Book“, die Aufschluss gaben über die versuchte Vertuschung der illegalen und unsachgerechten Entsorgung im Hafen von Pago Pago.

Der Chef-Maschinist der *San Nikunau*, James Pogue, wurde von dem gleichen Gericht zu einer einmonatigen Gefängnisstrafe, zu fünf Monaten Hausarrest und zu 18 Monaten auf Bewährung verurteilt.

Sanford akzeptierte das Urteil widerspruchslos und erklärte, mit einer halben Million Dollar der Strafgerichte das Meeresschutzgebiet von Amerikanisch-Samoa unterstützen zu wollen.

Auf der Firmenseite verspricht die Firma nach diesem Umweltskandal nun, sich zukünftig in verantwortlicher Weise für die marinen Ressourcen einzusetzen. Wörtlich heißt es: *„We seek to act responsibly in our commercial operations in accordance with international best practice in the marine and coastal environment...“*.

Über einen Link auf der Homepage kann der Interessierte Einsicht in die (Gerichts)-Akten nehmen und sich über die Hintergründe des Falles informieren. (TV NZ 14.01.13, <http://www.sanford.co.nz/>, <http://www.sanfordfacts.com/sf/?p=89>, *Samoa News* 12.01.13)

## Haka-Autor posthum geehrt

Der Klan („iwi“) Ngāti Toa von der neuseeländischen Nordinsel erhält 75 Millionen NZ-Dollar als späte Anerkennung für den Stammesführer Te Rauparaha (1760 – 1849). Dieser hatte 1810 einen Haka namens „Ka-Mate“ komponiert. Den mündlichen Überlieferungen der Maori nach entstand der Haka, als Te Rauparaha sich auf der Flucht vor Feinden in einer Nahrungsmittelgrube unter dem Rock einer Frau entdeckte und dort nicht gefunden wurde. Als er aus der Grube stieg, wurde der Stammesführer von einem ihm friedlich gesinnten Häuptling aus der Nachbarschaft entdeckt. Ihm zu Ehren schrieb

Te Rauparaha den Haka „Ka-Mate“ (deutsch: Werde ich sterben?).

Bekannt wurde dieser Haka als „Kriegstanz“ der neuseeländischen Rugby-Mannschaft „All Blacks“, die den Tanz erstmals 1884 vor einem Spiel in New South Wales aufführte. Bis 2005 tanzten die All Blacks vor ihren Matches ausschließlich den Ka-Mate, seitdem gibt es einen alternativen Haka, den „Kapa o Pango“. Beide Hakas werden abwechselnd vor Rugby-Spielen aufgeführt. Ziel ist die Einschüchterung des Gegners.

Im Dezember vergangenen Jahres unterschrieben Vertreter der Ngāti Toa einen Vertrag mit der neuseeländischen Regierung über die Anerkennung der Autorenschaft des berühmten Haka sowie über die Zahlung von Tantiemen. Im gleichen Vertrag wurde festgelegt, dass der Maori-Stamm die traditionellen Besitzrechte am Naturschutzgebiet der Insel Kapiti zurückerhält, um sie dann anschließend in einer feierlichen traditionellen Zeremonie dem Staat zu schenken.

Christopher Finlayson, der Beauftragte der neuseeländischen Regierung für alle Verhandlungen rund um den Vertrag von Waitangi, erklärte, der Vertrag mit den Ngāti Toa sei ein weiterer wichtiger Schritt, das an den Maori begangene Unrecht wieder gut zu machen.

*Info:* Der Haka ist sowohl ein Ritualtanz der Maori, als auch fester Bestandteil von Willkommens- und Unterhaltungszeremonien für Gäste in den „maraes“ (Versammlungshäusern) der Maori. Die Männer einer Gruppe führen das Lied körperlich vor, charakteristisch sind dabei das Rollen der Augen und das Herausstrecken der Zunge. Die Frauen stehen hinter den Männern und begleiten den Haka stimmlich.

(<http://www.ngatitoea.iwi.nz/ka-mate/>, *Flash d'Océanie* 13.12.12, *Videos auf Youtube, Wikipedia*)

## INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

### Gewalt gegen Häftlinge

**Westpapua:** Nach Angaben der „Asia Human Rights Commission“ (AHRC, Asiatische Menschenrechtskommission) sind am 21. Januar 20 indigene Papuas im Gefängnis von Abepura von Wärtern misshandelt und gedemütigt worden. Die Gefangenen hatten gegenüber zwei Neuankömmlingen zynische Bemerkungen gerufen wie „Willkommen in der Isolation“. Das hatte die beiden Gefängnis-Aufseher Bonifasius Manuputy und Yulianan Wanane dermaßen erzürnt, dass sie die Gefangenen dreier Zellen nacheinander in Gruppen misshandelten. Die Insassen mussten auf dem Boden zum Wachraum kriechen, wo sie mit Stromkabeln ausgepeitscht wurden. Nach der Tortur wurden die Gefangenen ohne ärztliche Versorgung ihrer Verletzungen in die Zellen zurückgebracht. (*Pressemitteilung der AHRC* 22.0.213)

### Sieben Papua gefoltert

**Westpapua:** Indonesische Sicherheitskräfte haben am 15. Februar in zwei Dörfern indigene Papuas in Gewahrsam genommen und diese in die Polizeistation nach Depapre verbracht. Von dort aus wurden die insgesamt sieben Papuas ins zentrale Gefängnis nach Jayapura verlegt. Ihnen zur Last gelegt wurden angebliche Kontakte zu den politischen Aktivisten Terianus Satto und Sebby Sambom. Unter grausamer Folter sollten die Männer Auskunft geben über die politischen Aktivitäten der Genannten. Da die Männer auch unter Folter angebliche Kontakte zu den Aktivisten verneinten und die Polizei keine Beweise hatte, durften fünf Gefangene schwer verletzt das Gefängnis verlassen. Zwei Män-

ner mussten im Gefängnis bleiben. Um die Haft zu rechtfertigen, wurde den Inhaftierten angeblicher unerlaubter Besitz von Stichwaffen laut Notstandserlass 12/1951 vorgeworfen.

Die internationale Menschenrechtsorganisation „Amnesty International“ hat in einer Eilaktion die Weltgemeinschaft aufgefordert, sich mit Protestbriefen an den indonesischen Polizeichef General Timur Pradopo und den Sicherheitschef General Brigjen Syafrudin zu wenden, um die Freilassung der Gefangenen und die Bestrafung der Täter zu erreichen. (*Urgent Action von AI 22.02.13, E-Info Westpapua-Netzwerk 26.02.13*)

## Kritik an Westerwelle

**Berlin:** Bei einem Gespräch des „Forum Menschenrechte“ mit dem deutschen Außenminister Guido Westerwelle zur deutschen Menschenrechtspolitik am 20. Februar 2013 in Berlin wurde die Regierung zu einem Ende von Waffenlieferungen an Länder, in denen Menschenrechte massiv verletzt werden, aufgefordert. Bei dem Gespräch forderte das „Forum Menschenrechte“ Außenminister Westerwelle auch auf, sich insgesamt entschiedener für Menschenrechte einzusetzen. Im diplomatischen Umgang mit Ländern, in denen Nichtregierungsorganisationen unter Einschränkungen leiden oder in denen Menschenrechtsverteidiger verfolgt werden, müsse eine menschenrechtliche Haltung Deutschlands klarer werden, forderten die Vertreter der 50 deutschen Nichtregierungsorganisationen, die sich zum „Forum Menschenrechte“ zusammengeschlossen haben.

Das Forum bedauert in einer Pressemitteilung, dass Außenminister Westerwelle seine gerade abgeschlossene Reise in die Philippinen und nach Indonesien nicht genutzt hat, um das Thema Menschenrechte gezielt anzusprechen.

Nach Angaben der indonesischen Regierung plant diese, 150 Militärfahrzeuge inklusive Panzern von Deutschland zu erwerben. Die Bundesregierung hält sich zu dem Thema weiter bedeckt und gab in mehreren kleinen Bundestagsanfragen keine Informationen zu dem Deal preis. Sie verwies stattdessen auf das weit kritisierte Bundessicherheitsratsgesetz. Dieses Gesetz erlaubt es einem kleinen Kabinettskreis, dem so genannten Bundessicherheitsrat, über Waffenlieferungen geheim und ohne Einbeziehung des Bundestages zu entscheiden.

Das Auswärtige Amt gab in vergangenen Bundestagssitzungen durch seine Sprecher an, dass es die Menschenrechtslage in Indonesien insgesamt für „zufriedenstellend“ hält. (*E-Info Westpapua-Netzwerk 26.02.13, Pressemitteilung Forum Menschenrechte 20.02.13*)

## Befreiungsfront beantragt MSG-Aufnahme

**Vanuatu:** Die „West Papua Coalition for Liberation for West Papua“ (WPNCL) hat sich Anfang Februar an das Sekretariat der „Melanesian Spearhead Group“ (MSG) in Port Vila (Vanuatu) gewandt und dort einen Antrag auf Mitgliedschaft in der Gruppe der melanesischen Länder gestellt. Dazu war eigens eine Delegation von Mitgliedern der WPNCL nach Vanuatu gereist. Die Gruppe bestand aus dem Vize-Vorsitzenden John Ondawame, dem Generalsekretär Rex Rumakiek, einer Vertreterin der Frauen (Bernarda Edoway Douw), einem Jugendvertreter (Amatus Douw) sowie dem ehemaligen (1999 bis 2001) vanuatischen Premierminister Barak Sope und einem Vertreter der Partei FLNKS aus Neukaledonien. Sie übergaben ihren Antrag an den Direktor der MSG Peter Forau, der diesen nun zur Prüfung weiterleiten wird an den amtierenden MSG-Vorsitzenden, den fidschianischen Premierminister Voreque Bainimarama.

Der Vize-Vorsitzende der WPNCL, der in Vanuatu im Exil lebende Polit-Aktivist Dr. John Otto Ondawame, sagte, dieser Antrag sei ein historisches Moment und bezeichne den Beginn einer neuen Ära, da die Papuas sich den Melanesien und nicht den Indonesiern zugehörig fühlten.

(*Vanuatu Daily Post 05.02.13, <http://pacific.scoop.co.nz/2013/02/west-papuan-leaders-make-bid-for-msg-membership-in-vanuatu/>*)

## Noken auf Liste der gefährdeten Kulturgüter

**Indonesien:** Die UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization) hat die indonesische Netztasche auf ihre Liste der vom Aussterben bedrohten immateriellen Güter eines Volkes gesetzt („List of intangible cultural heritage in need of urgent safeguarding“).

Das so genannte „Noken“, eine aus Bastfasern oder getrockneten Blättern mit der Hand geflochtene Netztasche zum Tragen über der Schulter oder an der Stirn hängend auf dem Rücken, wird seit jeher in den indonesischen Provinzen Papua und Westpapua hergestellt. Das Noken wird zum Transport von Waren, Säuglingen, Ferkeln, als Vorratsnetz oder Einkaufstasche benutzt. Es kann auch zu Dekorationszwecken bei Festen benutzt werden oder als Prestige-Geschenk weitergegeben werden.

Die UNESCO beklagt in einer Stellungnahme, dass immer weniger Menschen wüssten, wie man ein Noken herstellt. Das liegt einerseits am mangelnden Interesse der jungen Generation im Angesicht moderner Plastiktüten, andererseits am Mangel an den Naturmaterialien. Mit der Einschreibung des Noken auf die Liste der bedrohten Kulturgüter könne man weltweite Aufmerksamkeit für den Erhalt dieser Handwerkstechnik herstellen, erläuterte ein UNESCO-Sprecher bei der Vorstellung der Liste Anfang Dezember 2012 in der französischen Hauptstadt Paris im

Rahmen der Jahreshauptversammlung der UNESCO.

Die indonesische Kultusministerin Wiendu Nuryanti, die in Paris anwesend war, erklärte, man werde nun indonesische Modeschöpfer und Designer überzeugen können, dass das Noken ein unabdingbares Accessoire zeitgenössischer Kunst und Mode sei. (<http://www.thejakartaglobe.com/home/unesco-names-papuas-noken-to-cultural-heritage-list/560039>, Radio NZ. Intern. 06.12.12)

### Ministerin zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt

**Timor-Leste:** Die Justizministerin Lúcia Lobato trat am 23. Januar 2013 ihre fünfjährige Haftstrafe im Gefängnis an, nachdem das Berufungsgericht das Urteil bestätigte. Lobato, die der Sozialdemokratischen Partei PSD angehört, wurde in der Anklage Dokumentenfälschung, Amtsmissbrauch und unrechtmäßige Vergabe von Aufträgen vorgeworfen, von denen sie jedoch freigesprochen wurde. Lediglich des Missmanagements von Fonds als Ministerin muss sie sich verantworten und wurde zu fünf Jahren Haft und einer Geldstrafe von 4.350 US-Dollar verurteilt.

Die Vorwürfe basieren auf der unrechtmäßigen Zusammenarbeit mit einer Firma, die neun Bürogebäude im Wert von knapp einer Million US-Dollar bauten. Ein Mitarbeiter fälschte dabei Dokumente, die Lobato unterschrieb. Bereits vor einigen Jahren wurden Korruptionsvorwürfe gegen Lobato laut, als Wikileaks eine SMS-Korrespondenz aus dem Jahre 2008 zwischen ihr und anderen Personen veröffentlichte, die auf unrechtmäßige Vergabe von Aufträgen bezüglich Bauarbeiten an einem Gefängnis und der Belieferung von Gefängnisuniformen schließen ließ.

Lobato war seit 2007 bis zu ihrer Suspendierung im März 2012 Justizministerin im Kabinett des Premierministers Xanana Gusmão, dessen Partei CNRT als

stärkste Partei aus den Parlamentswahlen 2012 hervorging.

Lobato ist eine von sechs Minister(inne)n, die zurzeit von der Anti-Korruptionskommission (CAC) untersucht wird.

Eine weitere Ministerin steht derzeit im Fokus der Medien: Finanzministerin Emilia Pires wird von der lokalen Zeitung *Tempo Semanal* Begünstigungspolitik und Nepotismus vorgeworfen, da ein Regierungsauftrag an die Firma ihres Mannes, einem Australier, vergeben wurde. Dabei handelte es sich um die Anschaffung von Krankenhausausrüstung im Wert von zwei Millionen US-Dollar. Die meisten Anschaffungsgegenstände für die Krankenhäuser wurden als „dringende Notfälle“ deklariert, was eine kompetitive Ausschreibung eines Regierungsauftrags umgeht. Sie waren gleichzeitig schon der Firma des Ehemannes von Finanzministerin Pires zugeteilt worden. Der Fall wird geprüft. (Artikel von Janina Pawelz, Deutsche Osttimor Gesellschaft e.V., [www.osttimor.de](http://www.osttimor.de))

### Die Dili International Conference

**Timor-Leste:** Vom 25. bis zum 28. Februar 2013 war Timor-Leste Gastgeber der *Dili International Conference on the Post-2015 Development Agenda*, an der 227 internationale Gäste aus über 50 Ländern teilnahmen. Die Repräsentanten der Regierungen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen kamen aus der g7+Gruppe der Fragilen Staaten, den Pazifischen Staaten und der Gruppe der *afrikanische Staaten mit Amtssprache Portugiesisch* (PALOP). So waren Minister und Staatsoberhäupter aus Fidschi, den Salomonen und Papua-Neuguinea anwesend. UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon brachte sich per Video-Nachricht in die Konferenz ein.

Thema der Konferenz war *'Development for all: Stop conflict, build states and eradicate poverty'* mit dem Ziel, eine breite Einigung

darüber zu finden, wie Entwicklungsstrategien in fragilen und Konfliktbetroffenen Ländern nach den Millenniumsentwicklungszielen aussehen können. So einigte man sich, dass im *Post-2015 Global Development Framework* vor allem die Bereiche im Vordergrund stehen sollten, die von den Millenniumsentwicklungszielen kaum oder zu wenig aufgegriffen werden. Dazu gehören die wirtschaftliche Entwicklung, Friedenssicherung, Statebuilding, Klimawandel und Umweltmanagement. Bereits bestehende Ziele im Zusammenhang mit Gesundheit, Bildung, Empowerment der Frauen, Wasser und Sanitär und globale Partnerschaften gehören mit kleinen Änderungen ebenfalls zum Kern des *Post-2015 Global Development Framework*.

Auf der Konferenz stand auch der Klimawandel im Fokus. Viele der vertretenen Länder auf der Konferenz erleben die Auswirkungen des Klimawandels direkt und fühlen sich existenziell bedroht. Sie sind sich bewusst, dass sie weder Auslöser des Klimawandels sind noch in der Lage, die unübersehbaren Auswirkungen alleine zu managen. Dementsprechend sollen Länder, die am meisten zum Klimawandel beitragen, zur Verantwortung gezogen werden. Weitere Informationen gibt es auf <http://www.g7plus.org>.

(Artikel von Janina Pawelz, Deutsche Osttimor Gesellschaft e.V., [www.osttimor.de](http://www.osttimor.de))

## AUSTRALIEN

### Gedenkmünze für Australienforscher

Die Münzprägestalt „Perth Mint“ hat den deutschen Australienforscher Ludwig Leichhardt anlässlich seines 200. Geburtstages mit einer Silbermünze geehrt. Die älteste Münzprägestalt Australiens gab die Münze zum 1. Februar 2013 heraus. Sie wird derzeit für 140,- Euro verkauft.

Die Münze zeigt ein Kopfportrait des Deutschen mit den Jahreszahlen 1813 und 1848, sowie einen Ausschnitt einer farbigen Australienkarte mit der in Rot eingekreisten ersten Entdeckungsreise von Leichhardt.

*Info:* Der am 23. Oktober 1813 im brandenburgischen Dorf Trebatsch geborene Friedrich Wilhelm Ludwig Leichhardt war ein deutscher Entdecker, Zoologe, Botaniker und Geologe. Er kam 1842 nach Australien. Seine erste Expedition führte ihn von Jimbour (bei Brisbane im Bundesstaat Queensland) über 4.800 Kilometer in das Northern Territory nach Port Essington bei Darwin. Bei dieser Expedition entdeckte Leichhardt Australiens größtes Kohlelager. Seine exakten Aufzeichnungen über die Ost-Nord-Route durch den Kontinent halfen Siedlern bei der Besiedlung des Neulandes. Im April 1848 brach Leichhardt von der Viehstation McPherson 400 Kilometer nordwestlich von Brisbane zu Pferd auf, um eine Landroute nach Perth zu finden. Diese dritte Expedition erreichte nie ihr Ziel, alle 100 Expeditionsteilnehmer samt ihrer Pferde gelten bis heute als verschollen.

In Australien sind zahlreiche geografische Merkmale nach dem deutschen Forscher benannt, u.a. der Gebirgszug „Leichhardt Range“, ein Stadtteil von Sydney, ein Highway und ein Fußballverein.

In Deutschland gibt es in seinem Geburtsort Trebatsch ein Museum sowie einen Leichhardt-Wanderweg. In Erinnerung an seine Schulzeit in Cottbus wurde das dortige Gymnasium nach ihm benannt.

Im Oktober des Jahres wird das deutsche Finanzministerium in Kooperation mit dem australischen Finanzministerium eine Briefmarke zu Leichhardt herausgeben.

Am 19. Februar 2013 wurde das diesjährige „Leichhardt-Jahr“ in Berlin vom brandenburgischen Ministerpräsidenten Matthias

Platzek und dem australischen Botschafter für Deutschland, Peter Tesch, eröffnet. Am Abend gab es im Bundestag einen Festakt. Das ganze Jahr über laufen in Brandenburg über 40 Veranstaltungen anlässlich des 200. Geburtstags des Forschers.

*Tip!* Zahlreiche Informationen und eine Übersicht über alle Veranstaltungen im Jubiläumsjahr gibt es auf der Homepage **www.leichhardtland.de**

(<http://www.perthmint.com.au/catalogue/ludwig-leichhardt-2013-2oz-silver-proof-coin.aspx>, [http://www.rbb-online.de/nachrichten/kultur/beitraege/Ludwig\\_Leichhardt.html](http://www.rbb-online.de/nachrichten/kultur/beitraege/Ludwig_Leichhardt.html), <http://www.leichhardtland.de/de/>)

### Neue Botschafterin für PNG

Der australische Außenminister Bob Carr hat Mitte Februar Frau Deborah Stokes zur neuen australischen Botschafterin in Papua-Neuguinea ernannt. Sie folgt auf Ian Kemish, der das Amt drei Jahre lang innehatte. Stokes wird ihr Amt zum 1. März antreten. Die Diplomatin war bereits an Botschaften in Österreich, Japan und bei den Vereinten Nationen beschäftigt. Zuletzt arbeitete sie im australischen Außenministerium in der Abteilung „International Organisations and Legal Division“.

([http://foreignminister.gov.au/releases/2013/bc\\_mr\\_130212.html](http://foreignminister.gov.au/releases/2013/bc_mr_130212.html))

### Finanzhilfe für Kiribati

Bei einem Kurzbesuch in Tarawa (Kiribati) hat der australische Außenminister Bob Carr eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 15 Millionen AUS-Dollar angekündigt. Die zweckgebundenen Gelder sollen in den Jahren 2013 bis 2015 zur Instandsetzung der 40 Kilometer langen Hauptstraße zwischen den Inseln genutzt werden. Diese Straße ist durch die Folgen des Klimawandels wie Küstenerosion und ständige Überflutungen stark reparaturbedürftig und kann in manchen Streckenabschnitten bereits nicht mehr befahren werden. Die Stra-

ße ist die einzige Möglichkeit für rund 40 % der Bevölkerung von Kiribati, in das Wirtschafts- und Handelszentrum Bairiki auf dem nur drei Meter hohen Atoll South-Tarawa zu gelangen.

(<http://www.climate.gov.ki> 12.02.13)

## SPORT

### Superbowl-Gewinn mit pazifischer Beteiligung

**USA:** Die tongaischen Sportler Haloti Ngata und Ma'ake Kemoatu haben mit ihrem Team „Baltimore Ravens“ am ersten Februarwochenende den Superbowl XLVII gewonnen. Sie schlugen die „San Francisco 49ers“ mit 34 zu 31 Punkten im Mercedes-Benz-Superdome von New Orleans. Die Football-Teams werden von Brüdern trainiert.

Der 29-jährige Verteidiger Etuini Haloti Ngata aus Inglewood (Kalifornien) gilt als einer der besten Abwehrspieler in der amerikanischen Profiligena. Seit 2006 spielt der Sohn tongaischer Einwanderer in der NFL und hat bis dato vier Superbowls bestritten. Er steht laut Forbes-Liste auf Rang 12 der bestbezahlten Sportler der Welt mit einem Jahreseinkommen von ca. 37 Millionen US-Dollar.

Der 34-jährige Ma'ake Tu'amelie Kemoatu aus Tonga spielt bereits seit 2002 in der NFL und gilt als „Veteran“ in der Verteidigung. Kemoatus wanderte als Kind mit seiner Familie nach Hawai'i aus. Nach einer längeren Verletzungspause startete der wuchtige Verteidiger letztes Jahr sein Comeback bei den Ravens, bei denen er bereits Anfang des Jahrtausends für einige Jahre unter Vertrag gestanden hatte.

Für die unterlegenen „San Francisco 49er“ spielten drei weitere Spieler aus dem Pazifik: Der 29-jährige William Tukuafu (Samoa) aus Salt Lake City in der Position

des „Full Black“ sowie die Samoaner Mike Iopati und Isaac Sopoaga.

*Info:* Der Superbowl ist das Finale der amerikanischen American-Football-Profiliga „National Football League“ (NFL). Er findet jedes Jahr am ersten Sonntag im Februar statt und ist das größte Einzelsportereignis weltweit. In den USA erreicht das Superbowl-Finale die höchsten TV-Einschaltquoten des Jahres. Eines der Highlights ist die Halbzeit, in der eine spektakuläre Show geboten wird. In diesem Jahr trat die Sängerin Beyonce auf, nachdem bereits zu Beginn der Veranstaltung der amerikanische Superstar Alicia Keys mit viel Gefühl die amerikanische Nationalhymne gesungen hatte. Der so genannte „Superbowl Sunday“ hat in Amerika Kult-Status und gilt als inoffizieller Feiertag.

(Pacnews Sport 06.02.13,

<http://www.nfl.com/superbowl/47>, Wikipedia)

## Erste Frau in der Geschäftsführung

Anfang Januar des Jahres ist erstmals eine Frau zur Geschäftsführerin der tongaischen Rugby-Union gewählt worden. 'Emeline Tuita erhielt einen Einjahres-Vertrag, nachdem sie bereits in der Vergangenheit die Rugby-Union ehrenamtlich in der Verwaltung unterstützt hatte. Tuita konnte sich gegen sieben Mitbewerber durchsetzen. Die studierte Betriebswirtin war zuvor tongaische Botschafterin in China.

Bei ihrer Antrittsrede lobte sie den Mut der Rugby-Union, eine Frau in die von Männern dominierte Rugby-Welt zu wählen. Sie hoffe aber sehr, dass man sie aufgrund ihrer beruflichen Qualifikationen und nicht aufgrund ihres Geschlechts zur Geschäftsführerin des Rugby-Verbandes gewählt habe, präzisierte Tuita.

(Matangi Tonga 17.01.13,

<http://www.spasifikmag.com/fortheladies/21jantongarugby/>)

## Gold für marshalllesische Gewichtheberin

**Australien:** Die erst 16-jährige Mathlynn („Mattie“) Jacob-Sasser von der Insel Enejet im Mili-Atoll (Marshall-Inseln) hat Ende Januar überraschend eine Goldmedaille beim „Australian Youth Olympic Festival“ im australischen Sydney gewonnen. Mattie war in der Kategorie der Unter-20-jährigen Gewichtheberinnen angetreten, die zwischen 56 und 63 Kilogramm wiegen durften. Die 56 Kilo schwere Sportlerin konnte sich gegen die zwischen 58 und 63 Kilo wiegenden schwereren Konkurrentinnen aus Australien, Neuseeland, Taiwan und Fidschi durchsetzen. Sie stemmte 65 Kilogramm und riss 85 Kilogramm. Alle sechs Versuche waren erfolgreich und konnten gewertet werden.

Vor dem Sportfestival in Sydney nahm Mattie auf Einladung der pazifikweiten „Oceania Weight-Lifting Federation“ mit Hilfe eines Sport-Stipendiums an einem Vorbereitungslehrgang in Port Vila (Neukaledonien) teil.

Der ehemalige Trainer der in den 1990er Jahren sehr erfolgreichen Gewichtheber von der Insel Nauru, Paul Coffa, bescheinigte der jungen Sportlerin großes Talent. Schon jetzt, in diesen jungen Jahren, gehöre sie zu den besten Gewichtheberinnen unter 20 Jahren weltweit und zur besten jugendlichen Sportlerin in ganz Ozeanien, so Coffa.

*Info:* Das „Australian Youth Olympic Festival“ fand vom 16. bis 20. Januar in Sydney statt. 1.700 jugendliche Sportler aus 30 Nationen kämpften in 17 verschiedenen Wettkämpfen um die Medaillen. (Marshall Islands Journal 01.02.13, <http://corporate.olympics.com.au/games/ayof-2013/>)

## Tongaischer Rennrodler bei Winterspielen 2014?

**Tonga/Sotschi:** Der tongaische Rennrodler Fuahea Semi könnte sich als erster pazifischer Sportler seit zehn Jahren für die Olympischen Winterspiele 2014 im russischen Sotschi qualifizieren. Das erklärte sein deutscher Manager Mathias Ihle.

Der 26-jährige Informatikstudent war im November 2008 bei einem Wintersport-Casting im tongaischen Königspalast als Rennrodler entdeckt worden. Die wintersportbegeisterte Schwester des damaligen Königs hatte zu einem einwöchigen Wintersport-Trainingslager in den Palast eingeladen, um einen geeigneten Kandidaten für die Olympischen Winterspiele 2010 in Vancouver (Kanada) zu finden. Der damals 21-jährige Student Fuahea Semi gewann den Wettbewerb. Die an dem Casting im Königspalast beteiligte Werbeagentur „makai Europe“ unter dem deutschen Geschäftsführer Mathias Ihle schlug vor, den Namen des ersten tongaischen Rennrodler werbewirksam zu ändern: 2009 bekam Fuahea Semi als „Bruno Banani“ einen neuen Namen mitsamt einer geänderten Geburtsurkunde. Das bekannte deutsche Designer-Unterwäsche-Label „bruno banani“ nahm daraufhin den Rennrodler unter Vertrag und sponsort ihn bis heute.

Bruno Banani ist das bis dato einzige Mitglied im Nationalkader der 2009 gegründeten „Luge Association of the Kingdom of Tonga“. Der Bob- und Schlittenverband für Deutschland (BSD) übernahm die Patenschaft für den Tongaer und lud ihn regelmäßig zu Trainingscamps ein. Seit 2009 wird Banani von der ehemaligen Rennrodlerin Isabel Barschinski trainiert.

Im Juli 2011 hat der Rodel-Weltverband FIL auf seiner Jahrestagung das Königreich Tonga offiziell als 49. Mitgliedsland aufgenommen.

2011 gewann Bruno Banani überraschend bei den „Amerika-Pazifik-Meisterschaften“ im Rennrodeln eine Bronzemedaille. Bei der Rennrodel-WM 2011 in Cesana belegte Banani den vorletzten Platz, bei der Weltmeisterschaft 2012 in Altenberg wurde er 36. und verpasste nur knapp den zweiten Durchgang.

Bei der Europameisterschaft im Rodeln am 13. Januar 2013 in Oberhof kam Banani auf Platz 36. Beim diesjährigen Rodeln Einzel-Weltcup der Herren am 19. Januar im deutschen Winterberg erreichte Banani Rang 37 (von 66). Aktuell steht Banani damit auf Platz 37 der Weltrangliste und hat nach Angaben seines Managers noch Chancen, sich für die nächsten Olympischen Winterspiele zu qualifizieren. Das letzte Mal hatte im Jahr 2002 bei den Olympischen Winterspielen von Salt Lake City ein pazifischer Sportler an Winterspielen teilgenommen: Laurence Thom aus Fidschi war im Abfahrtskillauf angetreten. (<http://www.bsd-portal.de/>, [http://www.live-wintersport.com/rangliste48\\_8452/Rodeln](http://www.live-wintersport.com/rangliste48_8452/Rodeln), *Pacnews Sport 05.02.13, Wikipedia*)

## „TOK BILONG PASIFIK“

### Cooks Pistole versteigert

**Australien:** Ein unbekannter Bieter hat bei einer Auktion des Auktionshauses „Leski Auctions“ in Melbourne für 170.000 Euro eine Pistole des britischen Entdeckers und Kapitäns James Cook ersteigert. Die Anfang des 18. Jahrhunderts von dem holländischen Büchsenmacher Godefroi Corbeau Le Jeune aus Maastricht hergestellte Pistole befand sich über 200 Jahre im Besitz der Erben von James Cook. Erst im Jahr 2003 hatte der ehemalige Bürgermeister von Melbourne, Ron Walker, die Pistole bei einer Versteigerung in einem schottischen Auktionshaus in Edinburgh

erworben.

Von dem jetzigen neuen Besitzer der Pistole ist nur bekannt, dass er aus dem australischen Bundesstaat Victoria stammt.

James Cook war auf seiner ersten Südseereise (1768 bis 1771) am 29. April 1770 als erster Europäer in der australischen „Botany Bay“ (nahe dem heutigen Sydney) an Land gegangen. (*Flash d'Océanie 15.02.13*)

### WTO-Chef erhält Ehrentitel

**Samoa:** Der Generaldirektor der Welthandelsorganisation WTO, Pascal Lamy, hat bei einem Kurzbesuch in Samoa Ende letzten Jahres den Ehrentitel eines samoanischen Familienoberhauptes erhalten. Lamy erhielt den *matai*-Titel „Amomuaaletuiatua“. Hochrangige Titel können in Samoa sowohl vererbt als auch – nach Absprache im Familienrat – vergeben werden. Der Rat der samoanischen Titelträger hat in der Vergangenheit immer mal wieder *matai*-Titel als Ehrentitel an bedeutende Persönlichkeiten vergeben, zuletzt im vergangenen Jahr an den samoanischen Schriftsteller Albert Wendt.

Samoa war Anfang 2012 Mitglied der WTO geworden. Es handelte sich um den ersten Besuch des Generaldirektors in Apia. Lamy traf sich dort mit dem Generalsekretär des Pazifischen Inselforums, Tuiloma Neroni Slade, um ein 5-Jahres-Abkommen über die technische und logistische Unterstützung des Handels in den Mitgliedsstaaten des Forums zu unterzeichnen. Das „Pacific Islands Forum“ sei der Schlüsselpartner der WTO im Pazifik, erklärte Lamy. Bereits seit dem Jahr 2000 arbeitet die WTO mit dem Forum zusammen.

*Info:* Der gebürtige Franzose Pascal Lamy (Jahrgang 1947) war von 1999 bis 2004 EU-Kommissar für Außenhandel. Seit 2005 ist er Generaldirektor der WTO. (*Pacific Trade and Invest 07.12.12*, <http://www.spasifikmag.com/publicbusinesspage/10decsamoanchief/>)

### Künstler-Werkstatt zerstört

**Samoa:** Die 1996 im Dorf Lelata auf der samoanischen Insel Upolu eingerichtete Künstler-Werkstatt und „Kunsthochschule“ „Beautiful Expressions of Nature“ (BEN) ist durch den Zyklon Evan im Dezember letzten Jahres vollständig überflutet worden. Nahezu alle Werke des bekannten samoanischen Bildhauers und Malers Penehuro Papali'i wurden zerstört, der Künstler spricht von einer Vernichtung seines Lebenswerks. Papali'i stand kurz vor dem Umzug seines Ateliers nach Vaitele, wo er in den letzten beiden Jahren bereits ein Zweitatelier eingerichtet hatte. Seinen Plan, in Vaitele einen „Skulpturengarten“ mit Sonderausstellungen einzurichten, will Papali'i trotz des Verlusts seiner Werke weiter verfolgen.

Im BEN hat Papali'i in den letzten Jahren Künstler verschiedener Fachrichtungen ausgebildet. Er gilt weltweit als der beste samoanische Bildhauer der Gegenwart, der seine Inspirationen aus der Natur bezieht und für seine Skulpturen hauptsächlich Steine aus der Umgebung verwendet. (*Samoa Observer 01.01.13, Feature im Samoa Observer online, ohne Datum*)

### Palau ist „ethisches Reiseziel“

**Palau:** Zum zweiten Mal in Folge hat die Nichtregierungsorganisation „Ethical Traveler“ die mikronesische Republik Palau als eine von zehn „ethischen Reisezielen“ geehrt. Palau wurde ausgesucht, weil der Staat sich bemüht, die kulturellen und natürlichen Besonderheiten wie etwa die „Rock Islands“ für einen sanften Ökotourismus zu öffnen. Die Regierung habe besondere Anstrengungen zum Erhalt der Natur, der Unterwasserwelt und der Korallenriffe unternommen, hieß es seitens der Jury. Besonders stellte die Jury die von ankommenden Fluggästen zu zahlende „Flughafensteuer“ heraus, die ohne Abzüge in Projekte zum Erhalt der

Umwelt fließt. Palau hat bereits vor Jahren ein Walfangschutzgebiet in seinen Hoheitsgewässern eingerichtet, die „Rock Islands“ sind seit 2011 Welterbe der UNESCO.

Im vergangenen Jahr erhielten gleich vier Einrichtungen in Palau den „Exzellenz-Award“ des Internet-Bewertungsportals „TripAdvisor“, die höchste Auszeichnung, die von Reisenden vergeben werden kann. Geehrt mit dem „TripAdvisor Certificate of Excellence“ wurden die Hotels Palau Pacific Resort und Palau Royal Resort, der Tauch- und Angeltourenanbieter Fish n' Fins sowie der Tourenanbieter Sam's Tours.

*Info:* Der 1996 in Berkely (Kalifornien) gegründeten Nichtregierungsorganisation „Ethical Traveler“ geht es darum, Reisenden Länder aufzuzeigen, deren Regierungen sich besonders für die Einhaltung der Menschenrechte, einen Wohlfahrtsstaat und die Bewahrung der Umwelt einsetzen. Die anderen neun von „Ethical Traveler“ geehrten Länder sind: Samoa, Barbados, die Kapverden, Costa Rica, Ghana, Lettland, Litauen und Mauritius.

In Samoa lobte die Jury besonders die vielen Nationalparks und die gute Umweltpolitik des Staates. Öko-Tourismus in Reinform böten die vielen, von Familienverbänden in Eigenregie betriebenen, „Beach fales“. Auf der Insel Savaii könnten Reisende traditionelles Dorfleben erfahren, begründete die Jury ihre Auszeichnung. (*Marshall Islands Journal* 11.01.13, [http://www.ethicaltraveler.org/wp-content/uploads/2012/12/ethical\\_destinations\\_2013.pdf](http://www.ethicaltraveler.org/wp-content/uploads/2012/12/ethical_destinations_2013.pdf))

## Schädel kehren zurück

**Schweden:** Die Universität von Uppsala (Schweden) wird drei menschliche Schädel aus Französisch-Polynesien repatriieren. Das gab die Kuratorin Anne Ingvarsson Sundstrom vom Universitäts-eigenen „Museum Gustavianum“ in Uppsala bekannt. Die

präparierten Schädel waren im 19. Jahrhundert nach Schweden gelangt, nachdem der königlich-schwedische Dampfer „Vanadis“ auf einer Entdeckungsfahrt zwischen 1883 und 1885 im Jahr 1884 auf Tahiti und den Marquesas-Inseln gestoppt hatte. Mit an Bord war der schwedische Ethnologe und Archäologe Hjalmar Stolpe, der die Schädel nach Schweden mitbrachte.

(<http://www.thelocal.se/45258/20121224/>, 24.12.12, <http://www.squidoo.com/vanadis>)

## KIRCHLICHE NACHRICHTEN

### AUS PAPUA-NEUGUINEA

#### ALLGEMEIN

### Tok Ples ist Schlüssel für religiöse Toleranz

Das Summer Institute of Linguistics (SIL) ist der Ansicht, dass die Pflege lokaler Sprachen und Dialekte gegenseitiges religiöses Verständnis fördert. Daher sprechen sich Teilnehmer für Tok Ples-Übersetzungen in ganz PNG aus. Die SIL-Konferenz, an der über 70 Kirchenvertreter teilnahmen, fand in Ukarumpa in der Eastern Highlands Provinz statt. 300 Tok Ples-Sprachgruppen sind noch zu übersetzen. Neben der Bewahrung von kultureller und sprachlicher Identität fördert dieses Projekt ebenfalls Eintracht und Toleranz, so ein Sprecher von SIL. (*The National* 23.01.13)

### Engagement von Kirchen und Polizei wird belohnt

Im Bezirk Henganofi der Eastern Highlands Provinz werden die Anstrengungen der Kirchen und der Polizei, unter sich bekriegenden Ethnien Frieden wiederherzustellen, mit 65.000 Kina gefördert. Der Konflikt forderte in den letzten Monaten Todesopfer und erheblichen Sachschaden. Nach

Worten des Pfarrers Robert Aikfa von der „Four Square Church“ wird die Kirche zum ersten Mal von einem Parlamentarier bei ihren Bemühungen unterstützt, in dem Krisengebiet wieder Normalität herzustellen. (*The National* 03.01.2013)

### Kampf gegen Marijuana-Missbrauch von Jugendlichen

Während des Weihnachtsfestes in Bena entsagten 120 ehemalige junge Konsumenten und Dealer der Droge Marijuana und wandten sich dem christlichen Glauben zu. Nach einer achttägigen Kampagne, die von der Spirit Ministry Kirche des Dorfes Sigere initiiert wurde, kann dies ein Wendepunkt im Leben der Jugendlichen sein. An der Feier mit anschließendem Festessen und großem Sing-Sing nahmen über 5.000 Personen teil.

Der Pfarrer der Apostolischen Kirche, Gabriel Bak, fordert von der Ministerin für Religion, Jugend und Gemeinschaft, Loujiana Toni, die Errichtung eines Drogen-Rehabilitationszentrums in Mount Hagen im Hochland. Obwohl die Regierung bisher beträchtliche finanzielle Mittel bereitstellt, ändert sich in den Hochlandprovinzen wenig, so Pfarrer Bak. Er sprach sich für Mount Hagen als den zentralen Standort aus, um jugendlichen Drogenabhängigen Beratung und Unterstützung anzubieten und ihnen einen ordentlichen Lebenswandel zu ermöglichen. Bisher müssen die Drogenabhängigen in ein Rehabilitationszentrum nach Port Morsby gehen. (*The National* 31.12.12, 18.01.13)

### Finanzielle Unterstützung für die Kirchen

Premierminister Peter O'Neill erhöht für kirchliche Einrichtungen das Budget 2013 um 100 Millionen Kina. In seiner Weihnachtsansprache 2012 bedankte sich der Premierminister für die Arbeit

der Kirchen und für ihr zahlreiches und vielfältiges soziales Engagement in der Gesellschaft. O'Neill führte weiter aus, dass man sich nach Erreichung von politischer Stabilität nun zunehmend um Angelegenheiten wie Bildung, Gesundheit und Kriminalitätsbekämpfung kümmern müsse. Als größtes Problem benannte er die Korruption, die er mit der Einrichtung einer Anti-Korruptionsbehörde bekämpfen will.

Der Gouverneur der Provinz Morobe, Kelly Naru, sagte, dass er 2013 zehn Prozent seines Budgets an die Kirchen weitergeben wird. Dazu wird ein eigenes Ressort für Religion eingerichtet, womit vor allem das Engagement der Kirchen in ländlichen Gebieten unterstützt wird. In diesen greift die Regierungsverwaltung oftmals zu kurz.

Ebenso wird im Distrikt East Sepik Maprik zehn Prozent des DSIP-Budgets („District Services Improvement Programme“) an die Kirchen der Region weitergegeben. (*The National* 02.01.13, 20.12.12, 6.11.12)

## ELC-PNG

### Massenfeier in Luthergemeinde

Freunde, Verwandte und Christen der Labu Tale-Gemeinde versammelten sich im Oktober 2012 zu einer Großveranstaltung. Über ein Wochenende wurden drei junge Paare getraut, neun Babys getauft und als Höhepunkt des Veranstaltungswochenendes 86 Teenager konfirmiert. Dieses Fest sollte zudem dazu beitragen, Landstreitigkeiten mit benachbarten Ethnien aus Buang zu relativieren, indem man den gemeinsamen Glauben lebt und pflegt. (*The National* 30.10.12)

### MLS feiert 40. Absolventen- Jubiläum

Im Martin-Luther-Seminar in Lae fand am 25. November 2012 die

40. Abschlussveranstaltung von Absolventen statt. Von 15 Pfarrern graduierten acht mit einem Bachelor-Abschluss in Theologie und sieben mit einem Diplomabschluss. MLS-Direktor Michael Rupulga beschrieb das Jahr 2012 als ein aufregendes Jahr mit weitreichenden Veränderungen. So wurde ein Postgraduierten-Studiengang für Theologie eingeführt, an dem ebenfalls internationale Studenten teilnehmen können. Des Weiteren sind ab jetzt Lutheraner dazu eingeladen, Mit-eigentümer des MLS zu werden, indem sie Angebote direkt an das Institut stellen können. Als Probleme benannte Pfarrer Rupulga neben den Budgetkürzungen ebenso die illegale Besetzung und unbefugtes Betreten des Grundstückes.

Nach der Abberufung ausländischer Lehrer und Missionare sank das Budget. Neben Einnahmen durch Gebühren und Unterstützung der ausländischen Partnerkirchen ist das Seminar daher auf Spenden seitens Organisationen, Unternehmen und Privatpersonen angewiesen, für dessen bisheriges Engagement sich Rupulga bedankte. (*The National* 26.11.12, 27.11.12)

### Ministerin lobt Engagement der Kirchen für Bildung

Im Zuge der Eröffnung eines Pfarramtes in Mount Hagen und dem Start eines evangelisch-lutherischen Sonntags- sowie Erwachsenen-Bildungsprogrammes („Sonntagschule“) gegen Analphabetismus, lobte die Bildungsministerin und Parlamentsabgeordnete Loujaya Toni die Kirchen für ihre Bildungsarbeit in der Western Highlands Provinz. Sie sprach sich für eine stärkere Partnerschaft zwischen Regierung und Kirchen aus und würdigte das Programm gegen Analphabetismus, als einen Schlüssel zur sozio-ökonomischen Entwicklung der Region. Das Sonntags-Bildungsprogramm ist an Kinder adressiert, um ihnen neben einer guten Ausbildung ebenfalls mora-

lische und ethische Werte zu vermitteln. (*The National* 10.12.12)

### Lutheraner gegen Verwendung kirchlicher Titel in der Politik

In Morobe wird von evangelisch-lutherischen Gläubigen kritisiert, dass sich Politiker zunehmend mit kirchlichen Ehrentiteln schmücken. Kritisiert wird neben dem ehemaligen Gouverneur Wenge auch der neue Gouverneur Naru. Beide nutzen evangelisch-lutherische Titel, die den einheimischen Sprachen Yabim und Kotte entlehnt sind und christlichen Würdeträgern vorbehalten sein sollten. Durch die Verwendung des kirchlichen Titels Songang (Führer) sowie Kasiga (Hirte) und ihre Instrumentalisierung für politische Zwecke fühlen sich Gläubige beleidigt. Daher ergeht ein Appell an die Verantwortlichen in der ELC-PNG, sich dieses Problems anzunehmen. (*The National* 21.01.13)

## RÖM.-KATH. KIRCHE

### Kritik an Regierung

Auf der katholischen Bischofskonferenz kritisierte Erzbischof John Ribat die Regierung O'Neill. Bei der Entscheidung, die Outcome-based Education (OBE) abzuschaffen, sei die Kirche von der Regierung übergangen worden.

Die OBE wurde in den frühen 1990er Jahren zusammen von der Regierung und den Kirchen eingeführt. Als führender Anbieter von Grund- und Sekundarbildung unterhalten die Kirchen in PNG ca. 2.840 Schulen in 21 Provinzen mit über 313.000 Schülern.

Der Bischof betonte das Engagement der Kirchen im Bildungs- und Gesundheitssektor. In ländlichen Gebieten sind die Kirchen oftmals die einzigen Anbieter. Daher kritisierte er, von der Regierung bei wichtigen Entscheidungen nicht miteinbezogen zu

werden: *“Wir sind die größten Anbieter und ich denke, es ist fair und angemessen, dass wir konsultiert werden (..). Ich glaube an Kooperation.“*

**Info:** Die Outcome-based Education (OBE) ist ein kritisch diskutiertes Bildungskonzept, das v.a. in den 1990er Jahren in den Vereinigten Staaten populär wurde. Es ist auch bekannt unter den Termini: mastery education oder performance based education; im Deutschen: ergebnis-, ziel-, oder kompetenzorientiertes Lernen. Im Wesentlichen unterscheidet es sich von traditionellen und konventionellen Lernmethoden, indem der Fokus und die Messbarkeit nicht auf den Input, also die zu vermittelnden Inhalte, gelegt werden, sondern auf das Ergebnis und die erworbenen Kompetenzen. Dadurch will man der Heterogenität und Individualität des Menschen gerecht werden. Kritik an der OBE ist die Schwierigkeit eines individuellen Managements in der Lehre sowie die Festsetzung von Standards. (*Post Courier* 21.12.12, *Wikipedia*)

### **Kirche gegen Todesstrafe**

Die katholische Kirche spricht sich klar gegen die Einführung der Todesstrafe in PNG aus. Justizminister und Generalstaatsanwalt Kerenga Kua will diese auf Grund hoher Kriminalitätsraten wieder einführen. Sie soll bei Straftaten wie Piraterie, vorsätzlichen Mordes und Hochverrat durchgeführt werden.

Sowohl der Erzbischof von Port Moresby, John Ribat, als auch der Generalsekretär der Katholischen Bischofskonferenz, Victor Roche, erklärten, dass die Todesstrafe mit der Ethik der Kirche und des christlichen Glaubens nicht vereinbar ist. Zudem warnen sie vor Racheakten seitens Angehöriger von Hingerichteten.

Die Todesstrafe ist in PNG offizieller Teil der Gesetzgebung, wurde aber nie angewendet. Die letzte Hinrichtung fand unter aust-

ralischer Kolonialherrschaft 1954 statt. Derzeit sitzen zehn zum Tode verurteilte Straftäter im Gefängnis. (*Post Courier* 30.01.12, *The National* 25.01.13)

### **Erster einheimischer Mariannahiller Priester geweiht**

Nach über 50 Jahren Engagement der katholischen Missionare von Mariannahill in PNG erhielt Ludwig Teika als erster Einheimischer von Bischof Chris Blouin das Sakrament der Weihe. Der Priester wird nun nach sechsjähriger Ausbildung als Missionar nach Kolumbien entsandt. (*Freundesbrief Mariannahill, Dezember 2012*)

### **Kirche unterstützt Verbot von Polygamie**

Katholische Kirchenvertreter unterstützen den Vorschlag der Gouverneurin der Eastern Highlands Provinz, Julie Soso, die Polygamie in PNG gesetzlich abzuschaffen. Entgegen der Ansicht, dass Polygamie den kulturellen Bräuchen und sozialen Anforderungen in PNG entspricht, ist Paul Harricknen von der Vereinigung katholischer Professionals der Meinung, dass diese nicht mehr zeitgemäß ist. Polygamie in der gegenwärtigen Praxis manifestiere die soziale Benachteiligung von Frauen und fördere zudem deren Missbrauch hinsichtlich bestehender wirtschaftlicher Herrschaftsverhältnisse, erläuterte Harricknen. Ebenso wie der Bischof der katholischen Diözese Vanimo, Cesare Bonivento, wies er zudem darauf hin, dass Polygamie dem christlichen Glauben widerspricht und eine Diskussion über deren Abschaffung legitim ist. (*The National* 21.12.12, 2.01.13)

### **Direktorin der Notre Dame-Schule pensioniert**

Nach 33 Jahren Lehrtätigkeit im Bildungssystem von PNG und 17 Jahren als Direktorin der „Notre

Dame Secondary School“ in Kumdi wird die Nonne Mary Vivette in ihre Heimat Orlando in die Vereinigten Staaten von Amerika zurückkehren. Vivette kam 1980 als 37-jährige nach PNG und wurde Leiterin der Schwestern von Notre Dame. Über ihre Arbeit sagte sie: *„Ich wollte immer Menschen helfen, darum ging ich als Freiwillige nach PNG und landete hier in Kundi. Ich liebe Kundi sehr.“* Ihr Hauptanliegen ist es, dass junge Frauen sich in ihrem gesellschaftlichen Leben mit christlichen Werten behaupten. (*The National* 29.11.12)

## **ADVENTISTEN**

### **Buchmesse erfolgreich**

Mehr als 20.000 Bücher und Bibeln wurden am 19. November letzten Jahres auf einer Buchmesse im Hauptgebäude der Siebenten-Tages-Adventisten in Port Moresby verkauft. Der Veranstalter, das „Adventist Book Centre“, erklärte, dass mit zusätzlich über 2.000 verkauften CDs und DVDs die Messe weitaus größer und erfolgreicher als die des vorherigen Jahres war. (*The National* 19.11.12)

## **AUS ANDEREN LÄNDERN**

### **Neuer Erzbischof ernannt**

**Fidschi:** Peter Loy Chong wurde zum neuen Erzbischof in Suva (Fidschi) ernannt. Loy Chong ist 1961 auf Fidschi geboren und studierte an der Jesuiten-Schule, der Santa Clara Universität in Kalifornien, Theologie. Er übernimmt das Amt von Erzbischof Petero Mataca, der aus Altersgründen von diesem Amt zurücktrat. (*Mikado-Pressedienst* 19.12.12)

### **CCCS gegen Kastration von Sexualstraftätern**

**Samoa/Neuseeland:** Die „Congregational Christian Church of Samoa“ (CCCS, kongregationistische Kirche von Samoa)

spricht sich gegen die Kastration von Sexualstraftätern aus. Der Generalsekretär der CCCS, Pfarrer Dr. Iutisone Salevao, sagte, eine Kastration sei zu extrem. Er erklärte, dass es sich bei Befürwortern der Kastration, etwa dem Generalsekretär des „National Council of Churches“ (NCC, Nationaler Kirchenrat), Pfarrer Ma'auga, um persönliche Meinungen handele. Entgegen anderer Stimmen, wie der von Pfarrer Fa'asalafa von der Versammlung Gottes (AOG), spricht sich Iutisone Salevao aber für eine Registrierung und mediale Veröffentlichung von Tätern aus. In diesem Zug kritisierte er auch NGOs, die sich im Namen der Menschenrechte gegen eine Zensur von Filmen einsetzten. Diese seien seiner Meinung nach ein Grund für den Anstieg von Sexualdelikten im Land. (PACNEWS 7.02.13)

### Kirchen wollen Klimaflüchtlingen helfen

**Neuseeland:** In einem Vortrag an der Victoria Universität appellierte die Dozentin für pazifische Studien, Teresia Teiwa, an die Kirchen, die Regierung bei ihren Umsiedlungsmaßnahmen von Klimaflüchtlingen zu unterstützen. Die Regierung müsse Umsiedlungsstrategien entwickeln, um die Auswirkungen der Klimaveränderungen zu bekämpfen. Kirchen könnten auf Grund ihres moralischen Einflusses öffentliche Aufmerksamkeit und Zustimmung in der neuseeländischen Bevölkerung und Regierung erzeugen, damit dieses drängende Problem angegangen wird. Die Neuseeländische Presbyterianische Kirche entschied, sich für die Flüchtlinge der pazifischen Länder einzusetzen. Sie schrieb Ende Oktober einen Brief an die Regierung, um auf das Problem aufmerksam zu machen und die Unterstützung der Kirche anzubieten. Eine Antwort seitens der Regierung blieb bis dato aus. (Radio New Zealand International 07.10.12, The Kiribati Independent 01.12.13)

### Jugend-Entwicklungs- Index entwickelt

**Commonwealth:** Das Commonwealth hat einen Index entwickelt, der die Entwicklung und Teilhabe junger Menschen in den Mitgliedsländern wiedergibt. Der Index untersucht den Status von 15 bis 29-Jährigen in den fünf Kernbereichen Bildung, Gesundheit, Beschäftigung, sowie ziviler und politischer Teilnahme. Der Index wurde von Experten der Mitgliedsländer in Kooperation mit dem Institut für Wirtschaft und Frieden entwickelt. Man erhofft sich dadurch, die Verantwortlichen bei ihren Investitionsentscheidungen für eine gezielte Förderung junger Menschen zu unterstützen. (PACNEWS 7.02.13)

### Heiligsprechung eines Missionars

**Guam:** Am 21. Oktober 2012 wurde in einer Versammlung der katholischen Gemeinde Guams die Heiligsprechung von St. Pedro Calungsod, einem Missionar aus dem 17. Jahrhundert, gefeiert. Erzbischof Anthony Sablan Apuron wohnte der Zeremonie der Heiligsprechung in Rom bei. Calungsod kam als Teenager mit einer Gruppe von Jesuiten nach Guam und errichtete die erste Kirche in der Region. Letztendlich wurde er nach einer Taufe eines gehörlosen Mädchens getötet. Jesuitenpriester Francis Hezel würdigte Calungod als einen loyalen Vorreiter der Missionare auf Guam, dessen Heiligsprechung ebenfalls weitere namenlose Missionare würdige. (Pacific Daily News 23.10.12)

### Religionsübergreifende Hilfsaktion

**Indonesien:** In Jakarta haben Helfer unterschiedlicher Glaubensrichtungen an einer humanitären Aktion teilgenommen, die in der Provinz Banten von einer katholischen Organisation initiiert wurde. Muslime, Buddhisten und

Christen verteilten zusammen Lebensmittel und alltägliche Bedarfsgüter. Tausende von Hilfspaketen wurden verteilt. Des Weiteren wurden 754 Patienten kostenfrei medizinisch versorgt und behandelt. Dazu wurde von den Organisatoren eine mobile Klinik errichtet. Ein Medizinstudent sagte zu der erfolgreichen und religionsübergreifenden Aktion, dass es für ihn eine fantastische Erfahrung gewesen sei, karitative Arbeit mit Menschen verschiedener Religionen zu leisten.

(<http://www.asianews.it>, 7.02.13)

### 2.000 Flüchtlinge durch Vulkanausbruch

**Indonesien:** Auf Grund des Vulkanausbruchs Mount Rokatenda befinden sich 2.000 Menschen in einer kritischen Lage. Die überwiegend katholischen Bewohner der kleinen Insel von Palu'e, Sika Regency, konnten sich auf Fischerbooten zu den Nachbarinseln retten. Auf Grund mangelnder Kapazitäten der örtlichen Behörden haben die Diözesen von Jakarta und Maumere eine Hilfsaktion eingeleitet, um die Versorgung mit Essen, Trinkwasser und anderen täglichen Bedarfsgütern sicherzustellen. (www.asianews.it 05.02.13)

#### Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung  
und Redaktion: Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten:  
Martin Lachmann

"pazifik aktuell" erscheint  
vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die  
Partnerkirchen im Pazifik auf das  
Konto 10 11 111, BLZ 520 604 10,  
Evang. Kreditgenossenschaft eG

#### Quellen:

Australien Info • Asia Pacific News  
• BBC News • Islands Business  
• Flash d'Océanie • National  
• Oceania Flash • Pacific Beat  
• Pacific Islands Report • Pacific  
Magazine • Post-Courier • Radio  
Australia • Radio New Zealand  
• Sydney Morning Herald •  
TahitiPresse • The Lutheran  
• Wantok • Westpapua-Netzwerk

#### Herausgeber:

**Pazifik**  
INFORMATIONENSTELLE

**Mission**  
**EineWelt**

Hauptstraße 2 • 91564 Neundettelsau  
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120